

EUROBAROMETER 60.1

PUBLIC OPINION IN THE EUROPEAN UNION

AUTUMN 2003

NATIONAL REPORT

(GERMANY)

Standard Eurobarometer 60.1 / Autumn 2003 - European Opinion Research Group EEIG

The survey was requested and coordinated by the Directorate General Press and Communication.

This report was produced for the European Commission's Representation in Germany.

This document does not represent the point of view of the European Commission.
The interpretations and opinions contained in it are solely those of the authors.

1	<i>Einleitung.....</i>	5
2	<i>Zusammenfassung der Hauptergebnisse.....</i>	6
3	<i>Allgemeine Stimmung und Ausblick für 2004</i>	9
4	<i>Erweiterung der Europäischen Union.....</i>	11
4.1	Einstellungen zur unmittelbar bevorstehenden Erweiterung	11
4.2	Einstellung zur weiteren EU-Erweiterung.....	12
5	<i>Zukünftige Gestaltung der Europäischen Union.....</i>	13
5.1	Strukturelle Reformen	13
5.2	Europäische Kommissare	13
6	<i>Die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik</i>	15
6.1	Allgemeine Einstellung.....	15
6.2	Aspekte der GAS und ESVP	15
6.3	Internationale Rolle der EU und USA.....	16
6.3.1	Rolle der EU	16
6.3.2	Rolle der USA	17
7	<i>Image der EU und der deutschen EU-Mitgliedschaft.....</i>	19
7.1	Persönliches Bild der EU	19
7.2	Persönliche Bedeutung der EU	21
7.3	Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft	21
7.4	Einschätzung der EU-Institutionen	22
7.5	Europäische vs. nationale Identität	24
8	<i>Aufgaben der Europäischen Union und Unterstützung der EU-Politik.....</i>	26
8.1	Wichtige politische Bereiche.....	26
8.2	Durch EU vorrangig zu lösende Aufgaben und die Wirksamkeit ihres Handelns.....	27
8.3	Regierungs- und Unionsaufgaben	29
8.3.1	Subsidiaritätsprinzip	29
8.3.2	Entscheidungen nach dem Maastricht-Vertrag	29
8.3.3	Entscheidungen nach dem Amsterdam-Vertrag	31
9	<i>Kenntnis der Europäischen Union</i>	33
9.1	Wahrnehmung der EU in den Medien	33
9.2	Informationsverhalten	34
9.3	Subjektiv empfundener Wissensstand.....	35
10	<i>Anhang</i>	36

Deutschland in Europa 2003: Die Europäische Union vor der Erweiterung

Uwe Reising (Ph.D.)
Dr. Christian Holst
IPSOS GmbH

HIGHLIGHTS

- **Stabile Mehrheit für politische Union**
 - + Eine stabile absolute Mehrheit der Deutschen ist für die Weiterentwicklung der EU hin zu einer politischen Union.
 - + Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland würde es befürworten, wenn die Dauer der Ratspräsidentschaft über sechs Monate hinaus verlängert würde.
 - + In Deutschland spricht sich im Oktober 2003 eine relative Mehrheit für eine Direktwahl des Präsidenten der EU-Kommission aus.
 - + Erstmals gibt es unter den Deutschen keine absolute Mehrheit mehr für die Beibehaltung des Veto-Rechts zur Wahrung wesentlicher nationaler Interessen.
- **Hohe und stabile Unterstützung für gemeinsame europäische Entscheidungen in Sicherheitsfragen**
 - + Die Öffentlichkeit unterstützt mit großer Mehrheit eine europäische Koordinierung oder auch Übernahme von Verantwortlichkeiten im Bereich der Sicherheit, wie sie im Amsterdamer Vertrag formuliert wurden
 - + Das gleiche gilt für Politikbereiche des Maastricht-Vertrages: Fast unverändert sind knapp drei Viertel der Befragten der Ansicht, dass Fragen der Außenpolitik auf europäischer Ebene entschieden werden sollten, ebenso mehr als sieben von zehn Befragten, dass Entscheidungen über Währungsfragen dort angesiedelt sein sollten.
- **EU-Bürger erwarten in Krisenzeiten eine gemeinsame EU-Position in der Außen- und Sicherheitspolitik**
 - + Die Rolle der EU in der internationalen Politik wird von der Bevölkerung durchwegs als positiv gesehen, die Politik der USA hingegen wird sehr kritisch wahrgenommen.

1 EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse des Eurobarometers 60.1 für Deutschland vor. Die Befragung wurde im Auftrag der Europäischen Kommission von der European Opinion Research Group im Oktober 2003 durchgeführt. Wesentliche Themen sind die Einstellungen der Bürger zur Europäischen Union, ihrer Politik und Institutionen, zur Außen- und Sicherheitspolitik und zur zukünftigen Gestaltung der Europäischen Union.

Kapitel 2 gibt einen Überblick über die Hauptergebnisse der Befragung.

Kapitel 3 berichtet zunächst über die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung und den Ausblick auf das Jahr 2004.

Kapitel 4 ist dem aktuellen Thema Erweiterung der Europäischen Union gewidmet. Hier geht es um die grundsätzliche Einstellung der Bürger in der Frage der Erweiterung und um die Beurteilung verschiedener Erweiterungsoptionen.

Kapitel 5 behandelt mögliche strukturelle Reformen, die zukünftige institutionelle Gestaltung sowie die Entscheidungsfindung der Europäischen Union.

In Kapitel 6 wird die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik behandelt. Dort geht es sowohl um die allgemeinen Einstellungen zu diesem Politikfeld, um die internationale Rolle der EU, wie auch die Beurteilung spezieller Aspekte und Aufgaben einer europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

In Kapitel 7 werden die Einstellungen zur EU insgesamt, zu den einzelnen Institutionen sowie zur deutschen EU-Mitgliedschaft dargestellt.

In Kapitel 8 geht es um die Aufgaben der EU aus Sicht der Bürger. Es gibt einen Überblick über die vorrangig zu lösenden Probleme und die gewünschte Verteilung der Aufgaben zwischen der Europäischen Union und der Deutschen Bundesregierung.

Kapitel 9 befasst sich schließlich mit dem Kenntnisstand der Bürger im Bezug auf die Europäische Union und ihre Institutionen.

Der Anhang enthält die technischen Spezifikationen der Untersuchung und den Fragebogen.

2 ZUSAMMENFASSUNG DER HAUPTERGEBNISSE

Die Deutschen sind durchgängig pessimistischer als noch vor einem Jahr

- Eine jeweils deutliche Mehrheit der Deutschen rechnet für das Jahr 2004 mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und der Situation auf dem Arbeitsmarkt.
- Für sich selbst erwartet nur ungefähr jeder zehnte Deutsche eine Verschlechterung der beruflichen Situation und jeder Dritte eine Verschlechterung der finanziellen Situation des eigenen Haushalts. Die Mehrheit erwartet keine Veränderung im persönlichen Bereich.
- Die allgemeine Lebenszufriedenheit der Bürger liegt in Deutschland deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Sie ist darüber hinaus in Ostdeutschland merklich niedriger als in Westdeutschland.

Mehrheit für eine Form der Erweiterung

- Eine Mehrheit der Deutschen spricht sich dafür aus, die EU um alle oder einige der beitrittswilligen Länder zu erweitern, liegt damit aber unter dem EU Durchschnitt.
- Die Zustimmung für grundsätzliche Erweiterungen ist seit April 2003 gesunken und ist in Deutschland weiterhin geringer als im EU-Durchschnitt.

Stabile Mehrheit für politische Union

- Eine stabile absolute Mehrheit der Deutschen ist für die Weiterentwicklung der EU hin zu einer politischen Union.
- In Deutschland spricht sich im Oktober 2003 eine relative Mehrheit für eine Direktwahl des Präsidenten der EU-Kommission aus.
- Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland würde es befürworten, wenn die Dauer der Ratspräsidentschaft über sechs Monate hinaus verlängert würde.
- Sieben von zehn Deutschen und EU-Bürgern sind für den Rücktritt des Kommissionspräsidenten und der Kommissare, wenn diese nicht mehr das Vertrauen des Europäischen Parlaments besitzen.
- Jeweils mehr als 60% der Deutschen und der EU-Bürger sind für eine Verfassung der Europäischen Union.
- Erstmals gibt es unter den Deutschen keine absolute Mehrheit mehr für die Beibehaltung des Veto-Rechts zur Wahrung wesentlicher nationaler Interessen.

Arbeitslosigkeit überragend wichtiges Thema für Deutsche

- Eine absolute Mehrheit der Bürger bewertet die EU-Politik in denjenigen Bereichen, die mit Sicherheit zu tun haben (Verteidigung, Außenpolitik, Terrorismusbekämpfung) als positiv, gleichzeitig wird ihre Rolle in den Bereichen Preisen und Inflation, Arbeitslosigkeit, Steuern und Einwanderung kritisch beurteilt.
- Neun von zehn Menschen in Deutschland sehen die Wahrung von Frieden und Sicherheit wird – neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – als vorrangige EU-Aufgabe. Gleich-

zeitig halten sie fast vier von fünf Befragten sie in diesem Bereich für sehr oder ziemlich wirksam.

- Ebenso hält eine absolute Mehrheit der Bürger die EU-Politik bei der Garantie der Bürgerrechte, des Verbraucher- und des Umweltschutzes für effektiv.
- Das mit Abstand wichtigste Thema für alle Deutschen ist nach wie vor die Arbeitslosigkeit, mit großem Abstand folgt die wirtschaftliche Situation im Allgemeinen.
- Arbeitslosigkeit als Thema wird in Ostdeutschland weit häufiger genannt als in Westdeutschland, gleichzeitig wird ihre Bekämpfung von neun von zehn Bürgern als die vorrangigste Aufgabe der EU gesehen, aber auch als ein Bereich, in dem ihre Politik nicht sehr wirksam ist. Demzufolge sprechen sich nur noch vier von zehn Befragte dafür aus, dass Entscheidungen in dieser Frage auf europäischer Ebene getroffen werden sollen.

Hohe und stabile Unterstützung für gemeinsame europäische Entscheidungen in Sicherheitsfragen

- Die Öffentlichkeit unterstützt mit großer Mehrheit eine europäische Koordinierung oder auch Übernahme von Verantwortlichkeiten im Bereich der Sicherheit, wie sie im Amsterdamer Vertrag formuliert wurden: Fast neun von zehn Befragten unterstützen Entscheidungen gemeinsam durch die EU im Kampf gegen Terrorismus, gegen Menschenhandel und Ausbeutung, im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und im Kampf gegen Drogen.
- Die Bedeutung, die diesen Aufgaben durch die Öffentlichkeit zugemessen wird, lässt sich auch daran sehen, dass im Vergleich zu den vorangegangenen Befragungen die Meinungen fast stabil sind und nur minimalen Veränderungen unterliegen.
- Das gleiche gilt für Politikbereiche des Maastricht-Vertrages: Fast unverändert sind knapp drei Viertel der Befragten der Ansicht, dass Fragen der Außenpolitik auf europäischer Ebene entschieden werden sollten. Und mehr als sieben von zehn Befragten finden, dass Entscheidungen über Währungsfragen auch dort angesiedelt sein sollten.

Mehr Deutsche würden Scheitern der EU bedauern

- Mehr Menschen als bisher würden es bedauern, wenn die Europäische Union scheitern würde. Die Deutschen liegen in dieser Hinsicht über dem EU-Durchschnitt.
- Jeder vierte Deutsche hat ein positives Bild der Europäischen Union.
- Die meisten verbinden mit der Europäischen Union den Euro, Freiheit und Frieden
- Der Anteil der Deutschen, der die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union für eine gute Sache hält, ist allerdings gefallen und liegt unter dem EU-Durchschnitt.
- 37% der Deutschen und 46% der EU-Bürger sind der Meinung, ihr Land habe Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft.
- Die Einschätzung der Bedeutung der EU-Institutionen ist leicht angestiegen. Das Vertrauen, dass ihnen entgegen gebracht wird, ist in Deutschland und im EU-Durchschnitt dagegen gesunken.
- In Deutschland wird unabhängigen Institutionen wie dem Europäischen Gerichtshof, der Zentralbank und dem Rechnungshof höhere Bedeutung und Vertrauenswürdigkeit zugemessen als in der EU insgesamt. Die Bedeutung und auch die Vertrauenswürdigkeit der

Europäischen Kommission und des Ministerrates werden trotz positiver Entwicklung dagegen in Deutschland geringer eingeschätzt als im EU-Durchschnitt.

- Die Mehrheit der Deutschen sieht sich selbst gleichzeitig als Deutsche und Europäer. EU-weit steigt das Selbstverständnis der Menschen als gleichzeitiger Bürger ihres jeweiligen Staates und Europas insgesamt leicht an.
- Sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland sind weniger Befragte als im EU-Durchschnitt mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden.
- Die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land hat in Gesamtdeutschland weiter deutlich abgenommen und fällt auf den niedrigsten Wert seit vier Jahren.

EU-Bürger erwarten in Krisenzeiten eine gemeinsame EU-Position in der Außen- und Sicherheitspolitik

- Die Bürger erwarten sowohl, dass die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik in Krisenzeiten eine gemeinsame Position findet, als auch, dass sie in der Lage ist, eigenständige, von den USA unabhängige Außenpolitik zu betreiben.
- Insgesamt zeigt sich, dass die außen- und sicherheitspolitische Agenda in den Augen der europäischen Öffentlichkeit zwischen April und Oktober 2003 sehr stabil geblieben ist.
- Die NATO verliert in der Wahrnehmung als entscheidender Akteur für die europäische Verteidigungspolitik weiterhin an Bedeutung, während die Befürworter einer europäischen sowie diejenigen einer nationalen Entscheidungsfindung langfristig leicht an Zulauf gewinnen.
- Die Rolle der EU in der internationalen Politik wird von der Bevölkerung durchwegs als positiv gesehen, die Politik der USA hingegen wird sehr kritisch wahrgenommen.

Deutsche halten Berichterstattung zur EU für unparteiisch

- Bei einem merklichen Teil der Deutschen besteht der Bedarf nach mehr Informationen zur EU und eine relative Mehrheit ist der Auffassung, dass die Berichterstattung zur EU in den deutschen Medien unparteiisch sei.
- Die Bürger beziehen ihre Information zur Union aus den nationalen TV-Nachrichten, Zeitungen und Radiosendern.
- Informationen zur Europäischen Union würden die Deutschen weiterhin am liebsten durch Fernsehen, gefolgt von der Tagespresse und dem Radio bekommen.
- Die Deutschen stufen ihren Kenntnisstand über die EU und deren Politik und Institutionen höher ein als die Bürger im EU-Durchschnitt.

3 ALLGEMEINE STIMMUNG UND AUSBLICK FÜR 2004

Die schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland spiegelt sich in der Stimmung der Deutschen und in ihrem Ausblick auf 2004 wieder.

Knapp drei Viertel der Deutschen (73%) geben im Oktober 2003 an, mit dem Leben, das sie führen, insgesamt zufrieden zu sein. Damit erreicht die allgemeine Stimmung und Zufriedenheit ihren niedrigsten Stand seit zwei Jahren. Der Anteil der zufriedenen Deutschen ist seit November 2001 von damals 83% konstant gefallen und liegt merklich unter dem EU-Durchschnitt von zurzeit 79%.

Dabei hält sich hartnäckig der Unterschied zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands. Der Anteil der Bevölkerung in den östlichen Bundesländern, die angeben zufrieden zu sein, liegt mit 62% 14 Prozentpunkte niedriger als im Westen (76%). Im europäischen Vergleich ist die allgemeine Zufriedenheit am höchsten in Dänemark (96%) und Schweden (93%), und am geringsten in Portugal (56%), Ostdeutschland (62%) und Griechenland (63%).

Die größte Zufriedenheit herrscht in Deutschland unter den 15-24jährigen und den über 55jährigen. Ebenfalls überdurchschnittlich ist die Lebenszufriedenheit bei den Personen mit der umfassendsten Ausbildung (Alter bei Abschluss über 20 Jahre) und solchen, die sich noch in Ausbildung befinden, bei Leitenden Angestellten und Selbstständigen, aber auch bei Rentnern und Pensionären.

Im Ausblick auf 2004 sind die Deutschen merklich pessimistischer als der EU-Durchschnitt. In Deutschland überwiegen bei allen Teilaspekten diejenigen, die eine Verschlechterung fürchten gegenüber denjenigen, die eine Verbesserung erwarten.

Erwartungen an das kommende Jahr			
	Besser	Schlechter	(Differenz „besser“/„schlechter“)
Eigenes Leben im Allgemeinen	17	21	-4
Wirtschaftliche Lage in Deutschland	13	57	-44
Finanzielle Situation des eigenen Haushaltes	11	34	-23
Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland	10	62	-52
Persönliche berufliche Situation	12	14	-2

(in %, an 100% Fehlende: „gleich bleibend“ oder „weiß nicht / keine Angabe“)

Aber auch EU-weit ist eine Verschlechterung der Stimmung in allen Bereichen festzustellen. Der Anteil, der befürchtet, dass das nächste Jahr im Hinblick auf die genannten Aspekte schlechter werden wird; ist über die letzten drei Jahre in allen Bereichen angestiegen.

Darüber hinaus sind die Deutschen in ihrem Ausblick auf 2004 weniger zuversichtlich als noch vor einem Jahr. Im Bezug auf das eigene Leben im Allgemeinen glauben in Deutschland 57%, EU-weit 51% der Bürger, dass im Jahre 2004 alles beim Alten bleibt, während 17% der

Deutschen (-1 Pp.), aber fast doppelt so viele im EU-Durchschnitt (EU: 33%; -1 Pp.) eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erwarten.

Allerdings steigt der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung ihrer Lebensumstände erwarten, im Zeitraum von Oktober 2002 bis Oktober 2003 in Deutschland von 16% auf 21%, EU-weit von 11% auf 12%. Der Anteil der Optimisten ist dabei im Westen und im Osten Deutschlands gleich, allerdings äußert sich ein merklich größerer Anteil der Ostdeutschen pessimistisch (27 zu 20% im Westen).

Die größten Befürchtungen werden dabei besonders im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation 2004 sowie die Lage auf dem Arbeitsmarkt im nächsten Jahr ausgedrückt. Eine deutliche Mehrheit (57%) glaubt, dass sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland 2004 verschlechtern wird und fast zwei Drittel der Deutschen (62%, +7 Pp.) befürchten dies auch für den Arbeitsmarkt.

Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage erwarten im Oktober 2003 13% der Deutschen, während es vor einem Jahr noch 15% waren. EU-weit hatte sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage für das nächste Jahr weniger dramatisch verschlechtert als in Deutschland und ist im Oktober 2003 nur etwas schlechter im Vorjahr: 16% der EU-Bürger erwarten für ihr Land eine Verbesserung, 46% eine Verschlechterung, 31% erwarten, dass sich die wirtschaftliche Situation 2004 nicht verändern wird.

Auch die Aussichten auf die eigene Beschäftigungssituation haben sich aus Sicht der Befragten verdüstert. Der Anteil derjenigen, die für das kommende Jahr eine Verschlechterung ihrer eigenen Situation erwarten, lag von Dezember 1999 bis Dezember 2001 in Deutschland unter 10%, im Oktober 2002 betrug er 11% und ist inzwischen deutlich auf 14% angestiegen, während er EU-weit 9% beträgt.

Eine Verbesserung erwarten in Deutschland 12%, EU-weit 21%. Jeweils um die 60% erwarten im Oktober 2003, dass sich ihre berufliche Situation im kommenden Jahr nicht verändern wird.

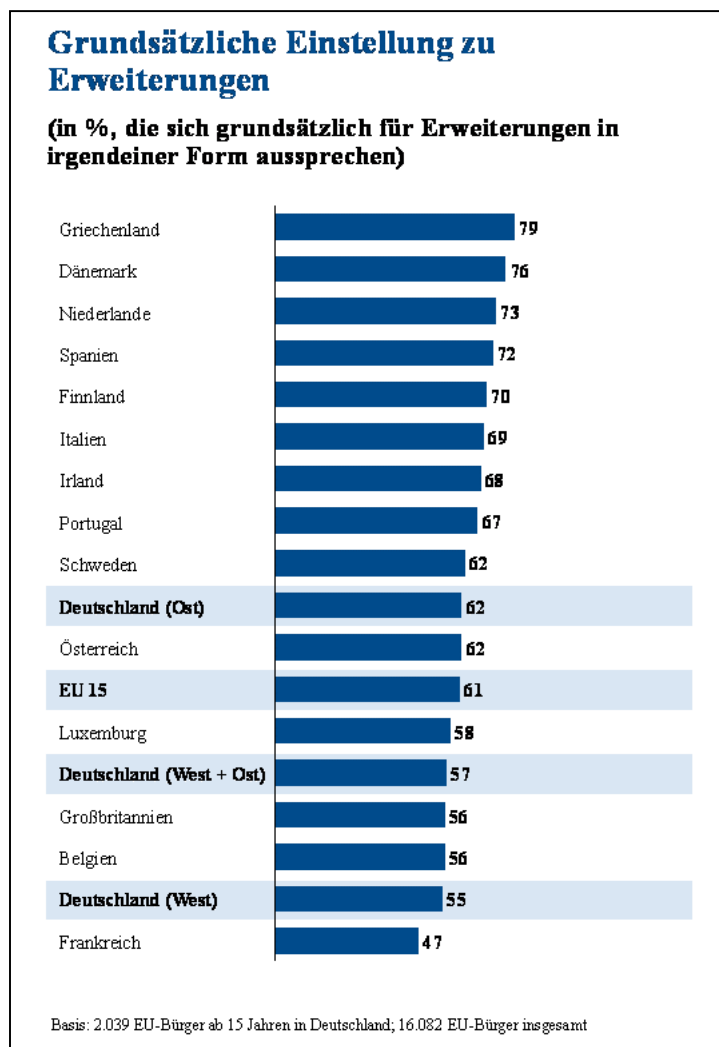
Auch die im Zeitverlauf sonst relativ stabilen Erwartungen bezüglich der finanziellen Situation des eigenen Haushalts verzeichnen einen deutlich negativen Trend. Hier ist im Oktober 2003 eine merkliche Zunahme des Anteils zu verzeichnen, der eine Verschlechterung erwartet, in Deutschland seit Dezember 2001 von 16% auf jetzt 34%, EU-weit von 11% auf inzwischen 20%. Dabei geht der Anteil, der keine Veränderung erwartet stärker zurück als der Anteil der Optimisten der in Deutschland 11%, EU-weit 23% beträgt.

Es zeigt sich auch hier, dass wie so oft, die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Regel deutlich pessimistischer beurteilt wird, als die individuelle Situation.

4 ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

4.1 Einstellungen zur unmittelbar bevorstehenden Erweiterung

Entgegen dem Vorurteil, dass die Ostdeutschen der Erweiterung skeptischer gegenüber stehen, weil sie durch die Öffnung der Grenzen am ehesten davon betroffen sind, stehen diese der Erweiterung deutlich positiver gegenüber als Westdeutsche. Danach befragt, welche Formen der Erweiterung für die unmittelbare Zukunft bevorzugt würden, sprechen sich 62% der Ostdeutschen für eine der genannten Möglichkeiten zur Erweiterung aus und liegen damit sogar leicht über dem EU-Durchschnitt (61%). Unter den Westdeutschen sind dies 7 Prozentpunkte weniger (55%), die damit auf dem vorletzten Rang vor Frankreich liegen.



Eine deutliche relative Mehrheit der Deutschen ist dafür, dass die EU nur um einige der Länder, die beitreten möchten, erweitert wird (41%). 27% finden, dass die Europäische Union um keine weiteren Länder erweitert werden solle und 15% sprechen sich dafür aus, dass alle beitrittswilligen Länder aufgenommen werden.

Der Anteil der Deutschen, die für die Vergrößerung der EU um nur einige Länder sind, ist seit November 2002 von 54% auf 41% gesunken und gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die sich gegen jedwede Beitritte aussprechen, von 21% auf 27% angestiegen.

Damit gehört Deutschland zusammen mit Frankreich und Belgien im Augenblick zu den eher zögerlichen Ländern innerhalb der EU. EU-weit sprechen sich im Oktober 2003 immerhin ein Viertel aller Befragten für eine Erweiterung um jedes beitrittswillige Land aus. 37% sind für die Erweiterung nur um einige Länder. Am deutlichsten gegen eine Erweiterung in irgendeiner Form sprechen sich die Franzosen aus: Dort ist jeder Vierte (41%) der Auffassung, dass keine weiteren Länder aufgenommen werden sollen.

4.2 Einstellung zur weiteren EU-Erweiterung

Der Anteil der Befragten, die generell für die Erweiterung der EU um neue Länder sind, ist gleichzeitig gefallen. Während dieser Wert im Frühjahr noch bei 42% lag, ist er im Oktober 2003 auf 38% gesunken. Damit liegt er deutlich unter dem EU-Durchschnitt von immerhin noch 47%. Vor allem sprechen sich erstmals seit 2001 wieder mehr Befragte in Deutschland *gegen* als *für* Erweiterung aus.

Die Skepsis steigt mit dem Alter: Je älter die Menschen, umso skeptischer stehen sie der Erweiterung gegenüber. Auf der Ebene der EU insgesamt ist der Anteil, der sich für Erweiterung ausspricht, seit der letzten Erhebung im März 2003 konstant geblieben.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen zur Erweiterung in unmittelbarer Zukunft werfen die letztgenannten Werte einige Fragen auf: Auf der einen Seite ist eine deutliche Mehrheit für eine der genannten Formen der Erweiterung in unmittelbarer Zukunft, auf der anderen Seite gibt eine relative Mehrheit an, generell gegen die Aufnahme neuer Länder zu sein.

Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass sich die letzten Werte auf längerfristige zukünftige Erweiterungsinitiativen beziehen könnten, denen ein Teil der Bevölkerung angesichts der jetzt unmittelbar bevorstehenden Erweiterungsrunde, und den damit einhergehenden, noch unbekannten Folgen, zögerlich entgegen sieht.

5 ZUKÜNFTIGE GESTALTUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

5.1 Strukturelle Reformen

Eine klare absolute Mehrheit von 54% befürwortet die fortschreitende Entwicklung hin zu einer politischen Union. Dies ist derselbe Anteil wie schon vor 15 Jahren. Während sich EU-weit ein Viertel der Befragten gegen diese Entwicklung aussprechen, ist es in Deutschland nur ein Fünftel. Über den Weg den die Europäische Union in Zukunft zu einer politischen Union einschlagen soll, hat ein Viertel der Befragten sich noch keine Meinung gebildet.

Für eine Verfassung der Europäischen Union sind auch im Oktober 2003 in Deutschland (63%) und Europa (62%) gut sechs von zehn Bürgern. Damit bleibt die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung seit Mai 2001 nahezu unverändert.

Mehr als die Hälfte der Befragten (53%) in Deutschland sind für eine Verlängerung der Dauer der Ratspräsidentschaft über die sechs Monate hinaus. Sie stimmen der Aussage zu, dass die bisherige Dauer zu kurz sei, um wesentliche Ergebnisse zu erzielen. Nur noch ein Viertel (im April 2003 waren es noch 31%) der Befragten ist dafür, die Dauer bei sechs Monaten zu belassen. Deutschland liegt damit weiterhin im EU-Trend. Im Durchschnitt aller Länder spricht sich jeder zweite Befragte für eine Verlängerung (49%) und etwas mehr als jeder Vierte für den bisherigen Modus aus (28%).

Bei Entscheidungen und Abstimmungen im Europäischen Rat gilt das Einstimmigkeitsprinzip, d. h. die Mitgliedstaaten können gegen alle Beschlüsse auf Unionsebene ihr Veto einlegen und damit eine Entscheidung verhindern. Erstmals spricht sich in Deutschland keine absolute Mehrheit der Befragten mehr für eine Beibehaltung dieses Vetorechts aus (45% im Vergleich zum April 2003 54%). Die Option, das Vetorecht auf sehr wenige wesentliche Bereiche zu beschränken, befürworten inzwischen schon 25%, für die komplette Aufgabe des Einspruchsrechts sind bereits 14% (April 2003: 12%). Die Bürger in der gesamten EU beurteilen diese Frage ähnlich, allerdings mit etwas mehr Gewicht auf der Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der Gemeinschaft auf Kosten der nationalen Eigeninteressen: 41% (im April 2003 47%) sind für die Beibehaltung, 22% für eine Einschränkung und 13% für die Abschaffung.

5.2 Europäische Kommissare

Ein deutliche Mehrheit der Deutschen spricht sich für dafür aus, dass die Mitglieder der Europäischen Kommission gegenüber dem Europäischen Parlament politisch verantwortlich sein sollen: So sind fast drei Viertel (72%) der Deutschen dafür, dass Präsident und Mitglieder der Kommission zurücktreten sollen, wenn diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europäischen Parlament besitzen. Dass dieser Anteil seit 1999 von damals 79% stetig gefallen ist, deutet darauf hin, dass die Europäische Kommission langsam aus der Vertrauenskrise der Vergangenheit hinaus kommt. Die Deutschen gehen allerdings in dieser Hinsicht strenger mit der Kommission um, als die Bürger der Europäischen Union insgesamt. Dort lag der Anteil wie schon in der Vergangenheit auch im Oktober 2003 mit 67% merklich unter dem der Deutschen.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission aus Bürgern aus jedem Mitgliedsland befürworten die Deutschen zwar mit einer deutlichen Mehrheit die Tatsache, dass sich die

Europäische Kommission aus Kommissionsmitgliedern aus jedem Mitgliedsland zusammensetzt (69%), allerdings etwas weniger leidenschaftlich als die Europäer insgesamt, von denen fast drei Viertel dieser Regelung zustimmen.

Ein Drittel der Deutschen (30%, -2 Pp. seit April 2003) ist für die direkte Wahl des Kommissionspräsidenten durch die Bevölkerung. Jeweils ein knappes Fünftel ist dafür, dass der Präsident entweder vom Europäischen Parlament gewählt wird (18%, -5 Pp.) oder sowohl vom Parlament in Strassburg wie auch den Staats- und Regierungschefs ausgewählt wird (19%, -3 Pp.). Nur ein Zehntel spricht sich für die Beibehaltung des jetzigen Auswahlmodus – nämlich die Ernennung durch die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union – aus (10%, -2 Pp.). Europaweit ist eine etwas deutlichere relative Mehrheit von 34% für eine Direktwahl.

Charakteristisch für die matte Stimmung in der Bevölkerung hinsichtlich europäischer Themen ist das Ergebnis zur Frage zu den verschiedenen Auswahl- und Wahlmodi für den Präsidenten der Europäischen Kommission. Bei allen substantiellen Antworten sanken die Anteile seit der Frühjahrsbefragung. Lediglich der Anteil der Deutschen, die angaben sich nicht entscheiden zu können, stieg von 11% im April 2003 auf 22% im Oktober an. Dies gilt ebenso für die anderen Mitgliedsländer. Europaweit ist die Rangfolge identisch und auch hier ist ein merklicher Anstieg der Unentschlossenen seit der Frühjahrsbefragung zu beobachten.

6 DIE GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

6.1 Allgemeine Einstellung

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen spricht sich jeweils für eine gemeinsame Außenpolitik der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Staaten (72%) und eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus (76%). Allerdings hat der seit Mai 2000 steigende Trend hier erstmals eine Abschwächung erfahren, denn gegenüber der letzten Umfrage im Frühjahr 2003 sind diese Werte jeweils leicht um 5 Prozentpunkte gefallen. Die Deutschen denken in dieser Hinsicht aber immer noch deutlich europäischer als die EU-Bürger insgesamt. Im EU-Durchschnitt sind 70% (-4 Pp.) für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und 64% (-3 Pp.) für eine gemeinsame Außenpolitik.

Entsprechend ist eine klare relative Mehrheit sowohl der Deutschen also auch der Europäer insgesamt der Auffassung, dass Entscheidungen zur Europäischen Verteidigungspolitik von der Europäischen Union getroffen werden sollen (D: 44%, -3 Pp., EU: 45%, -4 Pp.). Jeweils ein Viertel möchte diese Befugnis noch in den Händen der nationalen Regierungen sehen (24%) und nur 15% finden, dass Entscheidungen innerhalb der Europäischen Verteidigungspolitik bei der NATO liegen sollten. Damit hat die NATO seit November 2002 rund 12 Prozentpunkte verloren (von 27% auf 15%), während sowohl die Befürworter einer nationalen wie auch die Befürworter einer europäischen Entscheidungsfindung an Zulauf gewonnen haben.

Innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung stößt die NATO dabei auf etwas größere Vorbehalte – hier spricht sich nur jeder Zehnte (Ost: 11%, West: 16%) für sie aus, entsprechend stärker werden entweder eine nationale Entscheidung (Ost: 27%, West: 23%) oder eine europäische Entscheidung favorisiert (Ost: 47%, West: 43%). Ebenso zeigt sich, dass, je länger die Dauer der Ausbildung ist, desto stärker europäische Entscheidungen in der Verteidigungspolitik befürwortet werden – unter den Befragten mit der längsten Ausbildungsdauer befürwortet mehr als die Hälfte (54%) diese Option.

6.2 Aspekte der GAS und ESVP

Die Ereignisse um den Irak-Krieg im Frühjahr 2003 und die Probleme, eine gemeinsame Haltung der EU dazu aufzubauen, haben die Notwendigkeit nochmals vor Augen geführt, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auszubauen. Die Erhebung zeigt, wie sehr die europäische und die deutsche Öffentlichkeit diese Notwendigkeit unterstützt.

Aus einer Reihe von Vorschlägen, die den Befragten zur Abstimmung vorgelegt wurden, erhielt mit mehr als vier Fünftel der Befragten die höchste Zustimmung – wie bereits in der vorangegangenen Umfrage im April 2003 - in Deutschland (84%) und EU-weit (81%) die Aussage, dass sich die Mitgliedstaaten der EU auf eine gemeinsame Haltung bei internationalen Krisen einigen sollen. Fast ebenso einhellig wird die Aussage unterstützt, dass die Außenpolitik der EU von den USA unabhängig sein sollte (D: 79%, EU: 73%), wobei die Zustimmung im April 2003 zu dieser Aussage jeweils noch etwas höher lag (D: 84%, EU: 77%).

Mit jeweils rund drei Viertel der Befragten werden Aussagen sowohl zur Rolle der EU bei der Wahrung der Menschenrechte wie hinsichtlich der Einwanderungs- und Asylpolitik unterstützt. So sind 76% der Befragten der Meinung, dass die EU die Menschenrechte in jedem Mitgliedsland gewährleisten sollte, selbst wenn es gegen den Willen einiger EU-Länder geht (D: 76%, EU: 76%), und dass die EU weltweit, auch gegen den Willen einiger Länder, auf die Einhaltung der Menschenrechte drängen sollte (D: 73%, EU: 74%). Ähnlich hoch ist die Unterstützung der Aussage, dass die EU eine gemeinsame Einwanderungspolitik gegenüber Ländern außerhalb der EU haben sollte (D: 75%, EU: 71%) wie eine gemeinsame Asylpolitik (D: 74%, EU: 71%).

Von relativ geringerer Wichtigkeit ist für die Bevölkerung die Frage, ob die EU einen eigenen Sitz im UNO-Sicherheitsrat haben sollte (D: 66% Zustimmung, EU: 64%), die EU über eine schnelle militärische Eingreiftruppe zur Entsendung in Krisenregionen der Welt verfügen sollte (D: 63%, EU: 69%), oder ob die EU einen eigenen EU-Außenminister haben sollte, der der Sprecher für eine gemeinsame Position sein könnte (D: 60%, EU: 63%). Deutliche Unterschiede innerhalb der deutschen Bevölkerung gibt es hinsichtlich der Frage nach der militärischen Eingreiftruppe – während unter westdeutschen Befragten fast zwei von drei (65%) dem zustimmen, sind es unter ostdeutschen 58%.

Noch mehrheitlich unterstützend stehen die Deutschen zu der Aussage, dass diejenigen Mitgliedsstaaten, die sich grundsätzlich für eine Politik der Neutralität entschieden haben, in der Außenpolitik der EU eine Mitsprachemöglichkeit haben sollten (D: 54%, EU: 47%). Mehrheitlich abgelehnt wird allerdings, dass diejenigen Länder, die im Rahmen der Erweiterung im Jahr 2004 beitreten werden, bereits zum Zeitpunkt der Befragung (Oktober 2003) eine Mitsprachemöglichkeit in Fragen der Außenpolitik erhalten sollten (D: 52% Ablehnung; 29% Zustimmung; EU: 45% Ablehnung, 35% Zustimmung).

Insgesamt zeigt sich, dass die außen- und sicherheitspolitische Agenda in den Augen der europäischen Öffentlichkeit zwischen April und Oktober 2003 sehr stabil geblieben ist, und den Auftrag enthält, eine gemeinsame europäische Position zu finden und gleichzeitig eine eigenständige, unabhängige Außenpolitik zu betreiben. Ebenso zeigt sich, dass die Haltung der deutschen Öffentlichkeit weitgehend derjenigen der anderen europäischen Öffentlichkeiten entspricht. Sie ist allerdings einerseits etwas entgegenkommender, was die Einbeziehung von EU-Mitgliedsstaaten anbetrifft, die sich zur Neutralität verpflichtet haben und betont etwas stärker die außenpolitische Unabhängigkeit gegenüber den USA. Andererseits ist die Öffentlichkeit weniger unterstützend hinsichtlich des Aufbaus einer schnellen europäischen Eingreiftruppe sowie weniger entgegenkommend, was den Einbezug der neuen Mitgliedsstaaten in Abstimmungsprozesse bereits vor dem offiziellen Beitritt anbelangt.

6.3 Internationale Rolle der EU und USA

6.3.1 Rolle der EU

Die EU verfolgt bereits jetzt auf der internationalen Bühne gemeinsam eine Reihe von Zielen. Für fünf Bereiche wurde erfragt, ob die EU dort jeweils eine eher positive, eine eher negative oder eine weder positive noch negative Rolle spielt. Im Einzelnen handelt es sich um die Rolle der EU hinsichtlich des Friedens in der Welt, des Kampfes gegen Terrorismus, des

Wachstums der Weltwirtschaft, des Kampfes gegen Armut in der Welt und des Umweltschutzes.

Bemerkenswert ist, dass in jedem der genannten Bereiche eine Mehrheit der Bevölkerung eine positive Rolle der EU sieht. Besonders positiv wird die Rolle der EU in der Frage des Friedens in der Welt gesehen (D: 70%, EU: 60%), nur jeder Fünfte (D: 18%, EU: 23%) sieht eine lediglich neutrale Rolle, und eine geringe Minderheit (D: 5%, EU: 9%) sehen eine negative Rolle der EU in diesem Bereich.

Auch in der Frage nach dem Kampf gegen den Terrorismus und dem Umweltschutz sieht eine absolute Mehrheit der Bevölkerung, dass die EU eine positive Rolle spielt: 59% der Befragten in Deutschland (54% in der gesamten EU) sehen dies beim Terrorismus, und 54% (EU: 46%) in der Frage des Umweltschutzes.

Etwas weniger positiv fällt die Beurteilung hinsichtlich der Rolle beim Wachstum der Weltwirtschaft aus (D: 39%, EU: 40%) sowie im Kampf gegen die Armut in der Welt (D: 38%, EU: 36%). Allerdings überwiegt auch hier – wenn teilweise auch nur knapp – der Anteil derjenigen, die eine positive Rolle sehen vor denjenigen, die nur eine neutrale Rolle wahrnehmen, und deutlich vor denjenigen, die eine negative Rolle der EU kritisieren.

Insgesamt kann also die EU hier auf eine ausgesprochen positive Beurteilung ihrer Rolle in der Weltpolitik zurück blicken.

6.3.2 Rolle der USA

Der Krieg im Irak hat zwischen Sommer 2002 und Sommer 2003 die Beziehungen zwischen den USA und einerseits einzelnen europäischen Ländern wie andererseits der EU gemeinsam auf eine harte Probe gestellt. Das Wort vom „alten“ und „neuen“ Europa hat die unterschiedlichen Positionen der Europäer zu diesem Krieg nochmals augenfällig gemacht. Jede europäische Regierung war gezwungen, ihre Positionen zu den USA zu klären und sowohl den europäischen Partnern wie auch der jeweils eigenen Bevölkerung darzustellen und zu rechtfertigen. Dieser Klärungsprozess musste zwangsläufig auch Auswirkungen auf das Bild der Politik der USA in der Öffentlichkeit haben.

Für dieselbe Reihe von Bereichen, wie sie oben beschrieben wurde, wurde auch für die USA gefragt, ob sie dort jeweils eine positive, eine negative oder eine weder positive noch negative Rolle spielen würden. Am Positivsten wurde unter diesen Bereichen im Oktober 2003 der Kampf gegen den Terrorismus gesehen (D: 44%, EU: 43%) – wobei allerdings im November 2002 noch eine absolute Mehrheit der Bevölkerung der Meinung war, dass die USA hier eine positive Rolle spielen (D: 61%, EU: 54%), im April 2003 noch 47% (EU: 45%). Von einer positiven Rolle im Wachstum der Weltwirtschaft sind im Oktober 2003 noch rund ein Drittel der Befragten überzeugt (D: 34%, EU: 34%), wobei sich dieser Wert im Zeitverlauf auch kaum verändert hat.

Eine absolute Mehrheit attestiert den USA allerdings in der Frage des Friedens in der Welt, eine negative Rolle (D: 57%, EU: 53%), nur jeweils jeder Vierte (D: 23%, EU: 27%) schreibt ihnen eine positive Rolle zu. Allerdings deutet sich hier auch bereits wieder eine Entspannung an, denn der Anteil derjenigen, die eine positive Rolle sehen, ist zwischen April 2003 und Oktober 2003 um 5 Prozentpunkte gestiegen (EU: +4% Pp.), während der Anteil derjenigen,

die eine negative Rolle sehen, in Deutschland im selben Zeitraum von 66% im April 2003 um 9 Prozentpunkte gesunken ist (EU: negative Rolle: -5 Pp.).

Ebenso kritisch wird die Rolle der USA hinsichtlich des Kampfs gegen die Armut in der Welt (positive Rolle: D: 15%, EU: 17% / negative Rolle: D: 53%, EU: 52%) und des Umweltschutzes gesehen (positive Rolle: D: 10%, EU: 14% / negative Rolle: D: 63%, EU: 58%).

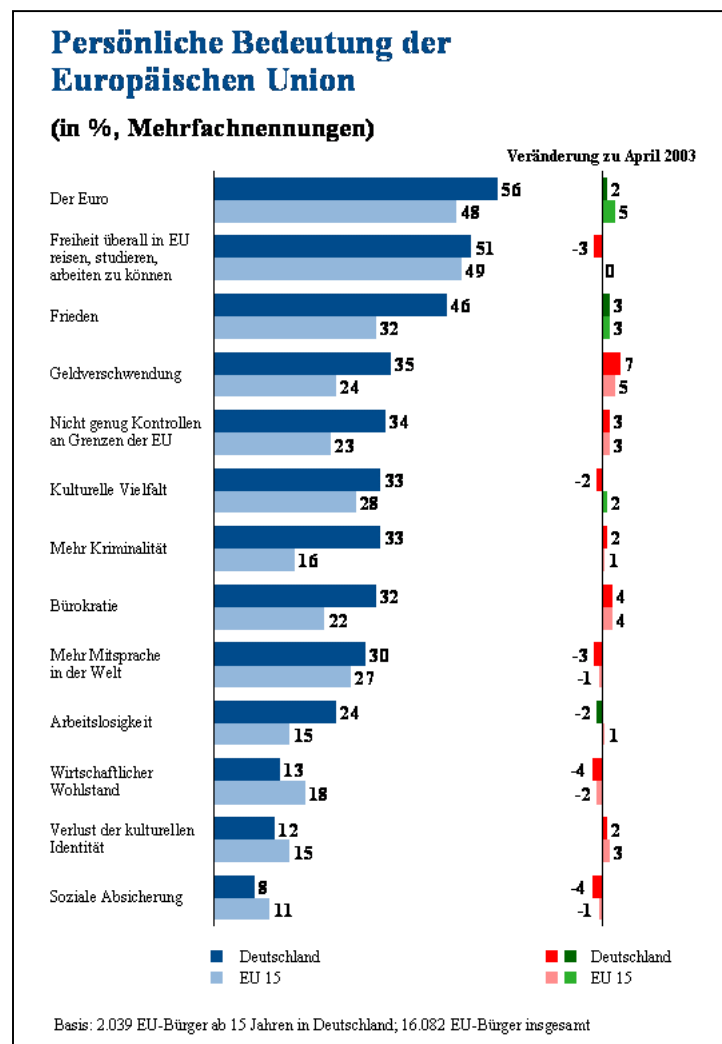
Die Politik der USA wird also zumindest hinsichtlich dieser fünf Bereiche sowohl von Deutschen wie Europäern sehr kritisch wahrgenommen. Bemerkenswert ist, dass gerade die Rolle im Kampf gegen den Terrorismus noch mit am besten bewertet wird, und dass sich in der Frage nach der Rolle für den Weltfrieden eine deutliche Erholung der schlechten Werte abzeichnet.

7 IMAGE DER EU UND DER DEUTSCHEN EU-MITGLIEDSCHAFT

7.1 Persönliches Bild der EU

Im Oktober 2003 haben vier von zehn Deutschen (39%) ein positives oder sehr positives Bild von der EU. Dieser Anteil ist seit der ersten Hälfte des Jahres von 46% merklich gesunken. Dieser rückläufige Trend ist sowohl in Westdeutschland wie auch in Ostdeutschland zu beobachten. Allerdings ist der Anteil in der Bevölkerung, die ein positives Image von der EU haben, in Westdeutschland mit 41% immer noch merklich höher als im Osten mit 30%. Der insgesamt rückläufige Trend zeigt sich auf etwas höherem Niveau auch in der EU insgesamt. Dort haben im Oktober 2003 44% ein positives Image (-4 Pp. seit April 2003).

Die Bevölkerungsgruppen, bei denen die Europäische Union in Deutschland nach wie vor ein mehrheitlich positives Bild hervorruft, sind Menschen mit überdurchschnittlicher Ausbildung, Leitende Angestellte, Schüler bzw. Studierende, sowie Bürger, die ihre politische Orientierung als eher links charakterisieren.

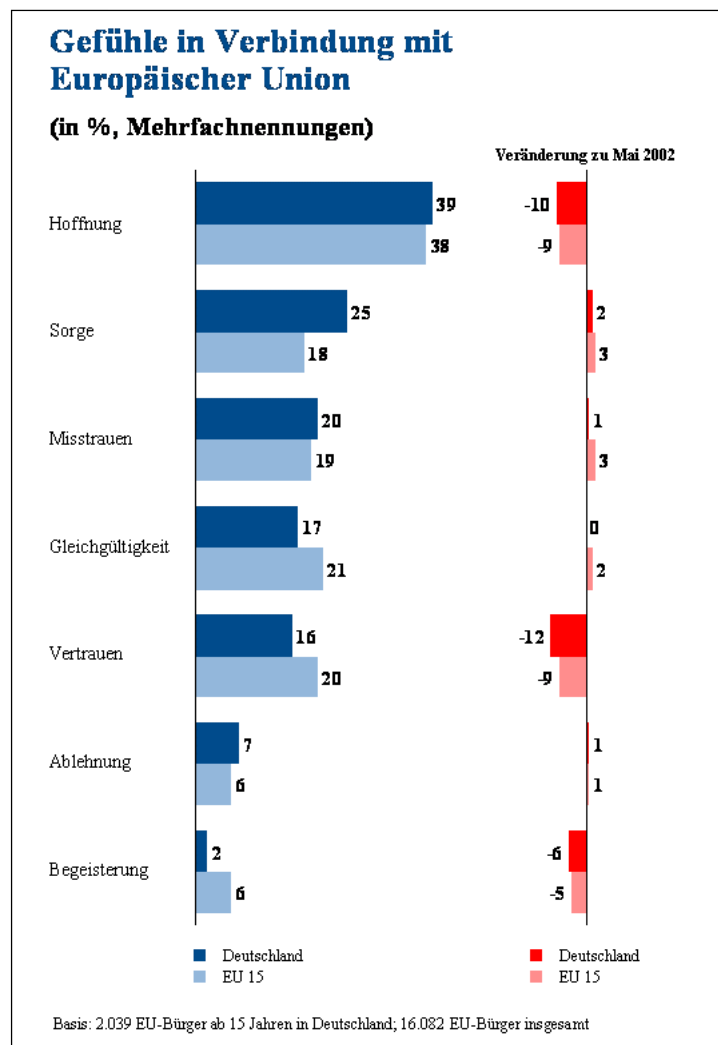


Am häufigsten assoziieren die Deutschen mit der EU den Euro (Oktober 2003: 56%; +2 Pp.). An zweiter und dritter Stelle geben die Deutschen an, dass die EU für sie die Freiheit bedeu-

tet, innerhalb der EU überall reisen, studieren und arbeiten zu können (51%) und dass sie Frieden mit der EU verbinden (46%). Diese Rangfolge entspricht im Großen und Ganzen auch der Reihenfolge der Assoziation in der EU insgesamt. Dort stehen allerdings die Reise-, Studien- und Arbeitsmöglichkeiten innerhalb der EU an erster Stelle (49%) gefolgt vom Euro (48%) und Frieden (32%). Frieden nimmt somit für die Deutschen eine merklich größere Bedeutung ein als für die EU-Bürger insgesamt.

Die am stärksten angestiegene negative Assoziation mit der EU ist im Oktober „Geldverschwendung“ (Deutschland 35%, +7 Pp.; EU-weit 24%, +5 Pp.)

Danach befragt, welche Gefühle die Menschen mit der Europäischen Union verbinden, ist „Hoffnung“ immer noch der mit Abstand am häufigsten genannte Begriff (Deutschland 39%, EU: 38%). Allerdings muss auf emotionaler Ebene gleichzeitig eine Verschlechterung des Ansehens der Europäischen Union zwischen Mai 2002 und Oktober 2003 auf allen positiv belegten Begriffen konstatiert werden. „Begeistert“, „hoffnungsvoll“ oder „vertrauenswürdig“ ist die Union für deutlich weniger Menschen als sie dies noch 18 Monate vorher war. Hingegen äußern im Oktober 2003 etwas mehr Menschen „Sorge“ oder „Misstrauen“.



Die deutlichsten Verluste hinsichtlich der emotionalen Assoziationen zur EU gibt es in den Bereichen „Vertrauen“ (-12 Pp. seit April 2003) und „Hoffnung“ (-10 Pp. seit April 2003).

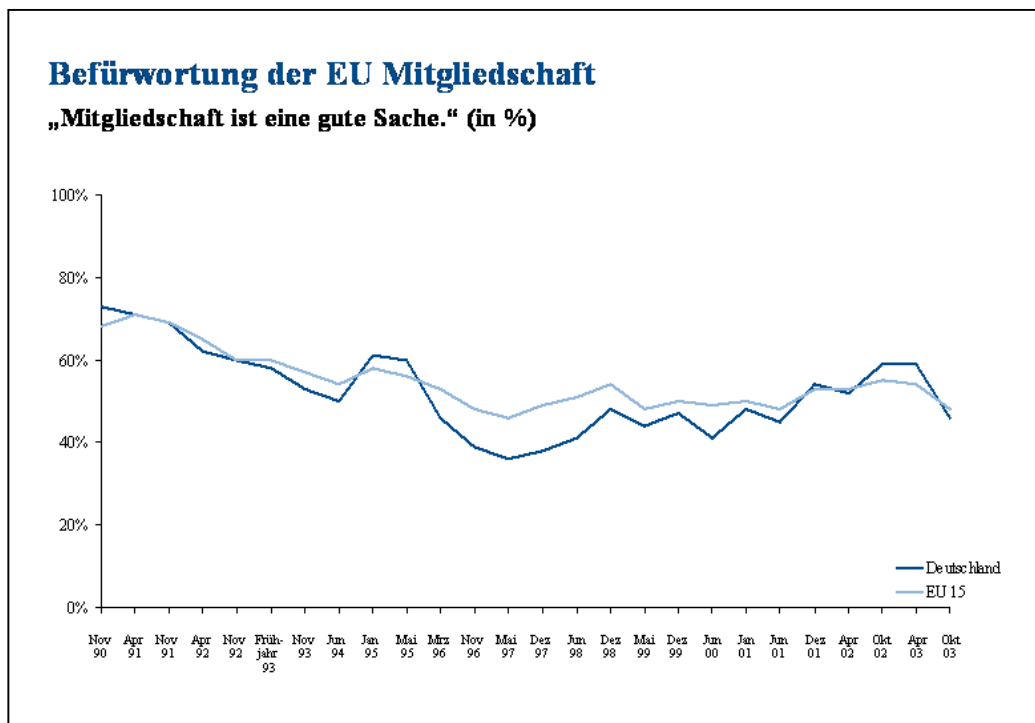
7.2 Persönliche Bedeutung der EU

Auf der anderen Seite hat sich der Anteil der Deutschen, die es sehr bedauern würden, wenn die Europäische Union scheiterte, über die letzten Jahre hinweg deutlich erhöht: 42% sagen dies, gegenüber 12%, die angeben, dass sie erleichtert wären. Gleichzeitig hat auch der Anteil der Menschen, denen dies egal wäre, merklich abgenommen (Oktober 2003: 31%, Mai 2002: 41%). Dieselbe Entwicklung ist in Europa insgesamt zu beobachten, wenn auch auf etwas weniger enthusiastischem Niveau als in Deutschland (EU: 37% bedauern, +3 Pp. seit Mai 2002).

Das heißt, die Menschen fühlen sich inzwischen mehr als zuvor eingebunden und mit der Entwicklung der EU als Ganzem verbunden, aber gleichzeitig lässt sich eine momentane Enttäuschung auf emotionaler Ebene konstatieren und eine Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Entwicklung.

7.3 Einschätzung der deutschen Mitgliedschaft

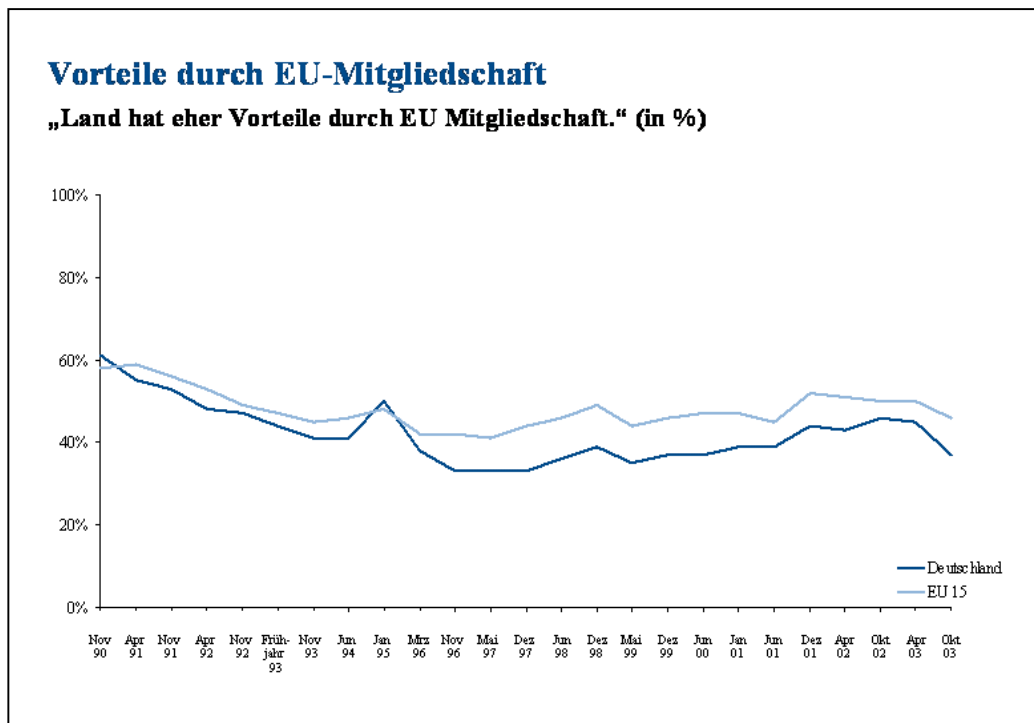
Der Anteil der Deutschen, der die deutsche EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache hält, ist seit April 2003 dramatisch gefallen. Während in der ersten Hälfte 2003 noch eine Mehrheit von 59% dieser Meinung war, liegt dieser Anteil im Oktober mit 46% deutlich niedriger. Hier besteht allerdings weiterhin ein großer Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland:



Während der Wert im Osten nur 37% beträgt (-10 Pp. seit April 2003), liegt er im Westen bei 49% (-13 Pp.). Damit liegt der Anteil der Deutschen, der die Mitgliedschaft des eigenen Landes für eine gute Sache hält, unter dem der EU-Bürger insgesamt (Oktober 2003: 48%).

Am vergleichsweise positivsten stehen der deutschen Mitgliedschaft aber Männer (52%), junge Menschen (51% bei den 15-24jährigen), Menschen mit der umfassendsten Ausbildung (64%), Selbstständige (52%) und Leitende Angestellte (63%) gegenüber. Diese Ansicht ist durchgängig in allen Bevölkerungsgruppen gesunken.

Vorteile für Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft werden im Oktober 2003 von noch 37% der Deutschen gesehen (-8 Pp. seit April 2003). Damit finden erstmals seit Dezember 2000 gleich viele Menschen in Deutschland, dass Deutschland keine Vorteile von der Mitgliedschaft hat wie umgekehrt. EU-weit sehen noch 46% der Bürger Vorteile einer EU-Mitgliedschaft für ihr jeweiliges Land (-4 Pp. seit April 2003) gegenüber 34%, die der Meinung sind, dass ihr Land nicht davon profitiert hat (+5 Pp. seit April 2003).



Der Nutzen der deutschen Mitgliedschaft wird ähnlich wie bei der Frage zuvor in den jüngeren Altersgruppen, von Personen mit umfassenderer Ausbildung und solchen, die sich noch in der Ausbildung befinden sowie von Leitenden Angestellten tendenziell positiver beurteilt.

7.4 Einschätzung der EU-Institutionen

Sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union wird im Oktober 2003 den Institutionen der EU insgesamt eine etwas wichtigere Rolle attestiert als im April 2003. Die zugemessene Bedeutung nahm unter den Deutschen durchschnittlich um 0,9 Prozentpunkte zu, EU-weit um 0,6 Prozentpunkte. Damit liegen die meisten Institutionen entweder auf oder knapp über Niveau vom April 2003.

Aus Sicht der Deutschen sind, wie schon in der ersten Jahreshälfte 2003, der Europäische Gerichtshof, die Europäische Zentralbank und das Europäische Parlament die drei wichtigsten Institutionen. Diese liegen im Oktober 2003 auf nahezu gleichem Niveau. An vierter Stelle, mit einem Abstand von gut 12 Prozentpunkten, folgt die Europäische Kommission. Aus Sicht aller EU-Bürger ist die Rangfolge der Bedeutung etwas anders, nämlich Parlament, Kommission, EZB und EuGH.

Einschätzung der Bedeutung von EU-Institutionen („wichtige Rolle“ in %)				
	Deutschland (Total)		EU 15	
	Apr 03	Okt 03	Apr 03	Okt 03
Der Europäische Gerichtshof	73	75	65	65
Die Europäische Zentralbank	74	74	66	66
Das Europäische Parlament	74	74	78	78
Die Europäische Kommission	62	62	69	70
Der Europäische Rechnungshof	56	58	49	50
Der Ministerrat der Europäischen Union	52	50	58	58
Der Wirtschafts- und Sozialausschuss	38	38	38	39
Der Ausschuss der Regionen	26	29	31	33
Der Europäische Ombudsmann	16	19	35	35

Anders als die beigemessene Bedeutung der EU-Institutionen, sind die Vertrauenswerte für die EU-Institutionen gefallen. Die Entwicklung, die sich schon in der ersten Jahreshälfte andeutete, hat sich im Oktober bestätigt. Beginnt man mit dem Vertrauen in die Europäische Union selbst, so zeigt sich, dass der Anteil der Deutschen, die der Europäischen Union insgesamt eher vertrauen, gegenüber den letzten Erhebungen weiter zurückgegangen ist: Im Oktober beträgt der Anteil 35% (-5 Pp. gegenüber April 2003) und ist damit auf dem Niveau von vor zwei Jahren angelangt und liegt um 6 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt, der immer noch 41% beträgt (-3 Pp. gegenüber April 2003).

Bei der Beurteilung der Europäischen Institutionen nahm das Vertrauen in Deutschland über alle Institutionen wie schon zwischen Oktober 2002 und April 2003 noch einmal um durchschnittlich 3,6 Prozentpunkte ab, dagegen EU-weit nur noch um 1,8 Prozentpunkte.

Die relative Rangfolge hat sich seit der ersten Jahreshälfte kaum verändert. Auch weiterhin genießt der Europäische Gerichtshof unter den EU-Institutionen in Deutschland das höchste Vertrauen, EU-weit ist dies das Europäische Parlament. Dieses steht in Deutschland zusammen mit der Zentralbank an zweiter Stelle. Der Anteil der Deutschen, die angeben dem Europäischen Parlament zu vertrauen liegt, anders als noch im April 2003, unter dem Anteil der EU-Bürger insgesamt.

Vertrauen in EU-Institutionen („eher vertrauen“ in %)				
	Deutschland (Total)		EU 15	
	Apr 03	Okt 03	Apr 03	Okt 03
dem Europäischen Gerichtshof	64	59	51	49
der Europäischen Zentralbank	57	50	47	44
dem Europäischen Parlament	56	50	57	54
dem Europäischen Rechnungshof	44	41	36	35
der Europäischen Kommission	44	40	50	46
dem Ministerrat der Europäischen Union	35	32	40	38
dem Wirtschafts- und Sozialausschuss	25	23	26	26
dem Ausschuss der Regionen	22	20	24	24
dem Europäischen Ombudsmann	16	16	28	27

Immer noch deutlich höher als im EU-Durchschnitt ist das Vertrauen der Deutschen in die EZB und in den Europäischen Rechnungshof. Während EU-weit nur ein unwesentlich kleinerer Bevölkerungsanteil Vertrauen in die Europäische Kommission setzt als in den Europäischen Gerichtshof, und die Kommission damit den dritten Rang unter den Institutionen einnimmt, liegt die Kommission in Deutschland nur an fünfter Stelle mit einem Abstand von 19 Prozentpunkten zum erstplazierten Europäischen Gerichtshof.

Die Einschätzung der EU-Institutionen zeigt, gemessen am Vertrauen, dass ihnen entgegen gebracht wird, EU-weit weiterhin eine rückläufige Tendenz.

7.5 Europäische vs. nationale Identität

In welchem Maße sehen sich die Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU als Bürger ihres Staates bzw. als Europäer?

Mehr Bürger als noch in der ersten Jahreshälfte sehen sich selbst nur als Deutsche (38%; +4 Pp.). Die mit Abstand meisten Deutschen sehen sich selbst weiterhin gleichzeitig als Deutsche (in erster Linie) und Europäer (unverändert 45%). Leicht gefallen sind dagegen die Anteile derjenigen, die sich nur als Europäer bzw. als Europäer (in erster Linie) und als Deutsche definieren. Nur als Europäer sehen sich 4% (April 2003: 6%), als Europäer und Deutscher 10% (April 2003: 12%).

Ein deutlich größerer Anteil der Menschen im Osten als der im Westen sieht sich nur als Deutsche (45% Osten, 36% Westen).

EU-weit steigt das Selbstverständnis der Menschen als gleichzeitiger Bürger ihres Nationalstaats und Europas insgesamt leicht an. Alle anderen Identitätseinschätzungen bleiben mehr oder weniger unverändert.

Stolz darauf Europäer zu sein, sind im Oktober 2003 etwas weniger als die Hälfte aller Deutschen (49%, -2 Pp. im Vergleich zum Mai 2002). Dagegen äußern zwei Drittel (66%) sehr

bzw. ziemlich stolz darauf zu sein, dass sie Deutsche sind. Hier liegen die Ostdeutschen mit 71% deutlich vor den Westdeutschen mit 64%.

Die Deutschen insgesamt fühlen sich geografisch am stärksten mit ihrem Dorf bzw. ihrer Stadt verbunden (88% geben an sich damit „sehr“ oder „ziemlich“ verbunden zu fühlen). An zweiter Stelle mit ihrer Region, gefolgt von ihrem Land. Mit Europa als Ganzem, an vierter Stelle, fühlen sich immer noch 62% der Deutschen verbunden (EU-15: 58%). Dieser Anteil ist in Deutschland innerhalb eines Jahres um 16 Prozentpunkte energisch in die Höhe geschnellt.

53% der Deutschen sind mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. Das ist der niedrigste Wert seit vier Jahren. Mit der Demokratie in der Europäischen Union erklären sich 39% der Deutschen zufrieden. Auch hier ist die Tendenz fallend, wenn auch in geringerem Maße. Bei beiden Werten liegen die Deutschen unter dem EU-Durchschnitt. EU-weit sind 54% mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem jeweiligen Land zufrieden und 42% mit der Demokratie auf der Ebene der Europäischen Union.

8 AUFGABEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND UNTERSTÜTZUNG DER EU-POLITIK

8.1 Wichtige politische Bereiche

In der Reihenfolge der beiden wichtigsten Probleme, denen sich Deutschland im Herbst 2003 gegenüber sah, liegt die Arbeitslosigkeit – wie auch in der vorangegangenen Untersuchung – mit 63% der Nennungen weit oben, gefolgt von der wirtschaftlichen Lage (41%). Dabei ist der Anteil der Nennungen zur Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland mit 74% deutlich höher als in Westdeutschland (61%), wohingegen die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland mit 43% etwas häufiger genannt wird als in Ostdeutschland (38%). Kriminalität (18%), Gesundheitssystem (17%), Renten (15%) und steigende Preise/Inflation (14%) folgen erst mit weitem Abstand auf den nächsten Plätzen.

Die Reihenfolge der Prioritäten ist dabei auf den ersten drei Plätzen gleich geblieben, wobei im Vergleich zum April 2003 die Nennung der Arbeitslosigkeit um 3 Prozentpunkte zurückgegangen ist, während die Nennung der wirtschaftlichen Lage um 4 Prozentpunkte zugenommen hat. Darüber hinaus haben die Reformbemühungen der Regierung auch ihre Spuren in der öffentlichen Meinung hinterlassen: So stieg auch der Anteil derjenigen, die das Gesundheitssystem sowie Renten nannten, jeweils um 4 bzw. 5 Prozentpunkte, wohingegen die Nennung von Terrorismus und Verteidigungs- /Außenpolitik jeweils um 4 Prozentpunkte zurück gingen.

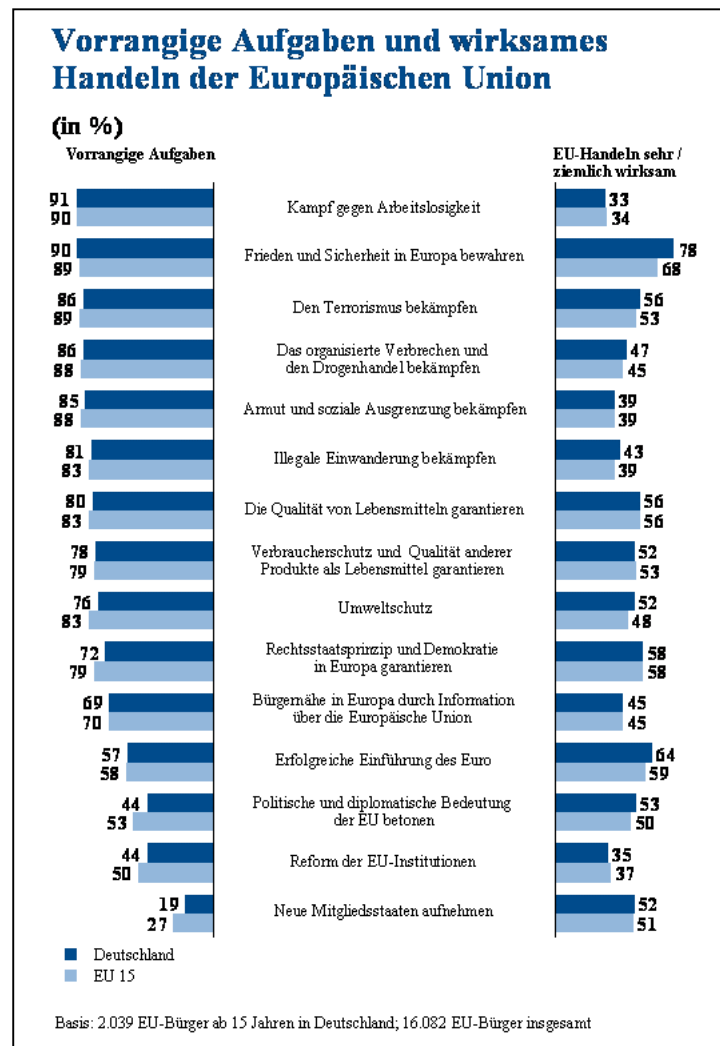
Viele dieser genannten Themen sind auch Bereiche, in denen die EU tätig ist. Dabei wird vor allem in denjenigen Bereichen, die im weitesten Sinne mit Sicherheit zu tun haben, der EU attestiert, eine positive Rolle zu spielen. In Deutschland sieht dies jeweils eine absolute Mehrheit für die Bereiche Verteidigung (D: 54%, EU: 44%), Außenpolitik (D: 54%, EU: 46%) und Bekämpfung des Terrorismus (D: 53%, EU: 49%). Jeweils relative Mehrheiten sehen noch eine positive Rolle bei der Verbrechensbekämpfung (D: 43%, EU: 36%) und im Umweltschutz (D: 43%, EU: 39%).

Eine weder positive noch negative Rolle wird der EU in entweder weniger zentralen Politikbereichen oder solchen Bereichen, in denen sie kaum eine Rolle spielt, zugeschrieben. Im Einzelnen sind dies Wohnungsbau (D: 51%, EU: 46%), öffentliches Verkehrssystem (D: 46%, EU: 46%), Gesundheitssystem (D: 45%, EU: 41%), Renten (D: 45%, EU: 40%) sowie Bildungssystem (D: 42%, EU: 40%).

Auf der negativen Seite hingegen stehen wieder politisch zentrale Bereiche, die die Bürger direkt betreffen und bei denen sie, wie die Frage nach den wichtigsten Problemen zeigt, Lösungsbedarf sehen. Obenan stehen hier bei fast jedem Zweiten (D: 49%, EU: 49%) steigende Preise / Inflation - ein Bereich, bei dem in Deutschland traditionellerweise der Bundesbank die Problemlösung zugeschrieben wurde, und den jetzt die EZB übernommen hat. Vier von zehn Befragten (EU: 36%) sehen eine negative Rolle der EU in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Steuern (EU: 39%) und der Einwanderung (EU: 40%). Weitgehend ausgeglichen, wenn auch mit einem leichten Überhang zur negativen Seite, sind die Ansichten über die Rolle der EU hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage (D: 33%, EU: 33%).

8.2 Durch EU vorrangig zu lösende Aufgaben und die Wirksamkeit ihres Handelns

Wie bereits im Länderbericht zum Eurobarometer 58 im Januar 2003 werden im Folgenden sowohl die Prioritäten untersucht, mit denen die Bevölkerung von der EU erwartet, dass bestimmte Maßnahmen unternommen werden, und wie wirksam diese Maßnahmen von der Bevölkerung eingeschätzt werden.



Die Gewichtung der Aufgaben bzw. deren Einstufung als vorrangig hat sich im Oktober 2003 im Vergleich zum November 2002 nur geringfügig geändert: In Deutschland sehen neun von zehn Bürgern (91%, +1 Pp. gegenüber November 2002) den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als wichtigste Aufgabe an, der Anteil in der EU insgesamt ist mit 90% fast genauso groß. Als fast ebenso vorrangig wird die Bewahrung von Frieden und Sicherheit (D: 90%, +1 Pp., EU: 89%, -2 Pp.) gesehen.

Weitere vorrangige Aufgaben sehen jeweils mehr als 80% der Deutschen und der EU-Bürger in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels, des Terrorismus, der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, des Kampfes gegen illegale Einwanderung und der Garantie der Lebensmittelqualität.

Mindestens sieben von zehn Menschen, sowohl in Deutschland als auch in Europa, halten außerdem noch den Verbraucherschutz, den Umweltschutz sowie die Garantie der Einzelrechte und der demokratischen Grundsätze für vorrangige Aufgaben.

Während in dieser Umfrage nur der Kampf gegen illegale Einwanderung einen moderaten Zugewinn im Vergleich zum Vorjahr verbucht (November 2002: 77%, Oktober 2003: 81%), haben der Umweltschutz und die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten im selben Zeitraum in der Priorität deutlich verloren. Nunmehr plädieren noch rund drei Viertel der Befragten (76%) dafür, den Umweltschutz vorrangig durch die EU zu behandeln, dies sind 8 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Ebenso hat die Aufgabe, neue Mitgliedsstaaten aufzunehmen, an Priorität eingebüßt: Sahen dies im November 2002 noch 25% der Befragten als eine Priorität, so sind dies mit dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen nur noch 19%.

Wie weit geht mit der Wahrnehmung solcher Prioritäten auch gleichzeitig die Zuschreibung einer hohen Wirksamkeit in diesen Bereichen einher? Am deutlichsten liegen Priorität und Wirksamkeit bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa zusammen: Hier sehen dies 90% als eine prioritäre Aufgabe, und fast vier von fünf Befragten (78%) halten die EU hier auch für sehr oder ziemlich wirksam. Unter den als vorrangig betrachteten Bereichen wird ebenso von einer absoluten Mehrheit der Befragten der EU bei der Bekämpfung des Terrorismus (56%) und der Garantie der Qualität von Lebensmitteln (ebenfalls 56%) eine hohe Wirksamkeit bescheinigt. Allerdings – der Anteil derjenigen, die der EU bei der Bekämpfung des Terrorismus eine hohe Wirksamkeit bescheinigten, ist zwischen November 2002 und Oktober 2003 um fünf Prozentpunkte zurück gegangen.

Unter den als weniger vorrangig angesehenen Bereichen (mit einer Priorität zwischen 60 und 80 Prozent) sehen immer noch eine teilweise deutliche Mehrheit die EU in der Frage der Garantie der Rechte des Einzelnen und des Respekts vor den Grundsätzen der Demokratie als sehr oder ziemlich wirksam (58%), aber auch bei Fragen des Umweltschutzes und des Verbraucherschutzes (jeweils 52%) macht die EU in den Augen der Öffentlichkeit eine gute Figur.

Knapp zwei Drittel der Befragten (64%) sehen die EU erfolgreich bei der Einführung des Euro, wenn auch dieser Komplex mittlerweile nur noch eine mittlere Priorität genießt. Mehrheitlich wird unter den verbleibenden Bereichen der Betonung der politischen und diplomatischen Bedeutung der EU in der Welt von 53% der Deutschen und bei der Frage nach der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten (52%) hohe Wirksamkeit zugesprochen, wobei im letzten Punkt die Effektivität der EU zwischen 2002 und 2003 um fünf Prozentpunkte gestiegen ist.

Problematisch ist jedoch das Auseinanderfallen zwischen Priorität und Wirksamkeit in der Frage nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Während dies von 91% der Deutschen als eine vorrangig zu behandelnde Aufgabe genannt wurde, bescheinigt nur jeder Dritte (33%) der EU, dass sie hier ihre Hausaufgaben gemacht hat, und dies sind noch fünf Prozentpunkte weniger als in der vorangegangenen Erhebung. Ebenso muss die EU in den Augen der Bevölkerung in der Frage der Reform der Institutionen nacharbeiten: Auch hier schätzen nur 35% sie als sehr oder ziemlich wirksam ein – wobei die Erhebung nach dem erfolgreichen Abschluss des Konvents und vor dem Scheitern des EU-Gipfels in Brüssel im Dezember 2003 durchgeführt wurde.

8.3 Regierungs- und Unionsaufgaben

8.3.1 Subsidiaritätsprinzip

Das Subsidiaritätsprinzip wird im Oktober wie auch im April 2003 weiterhin deutlich unterstützt. Sechs von zehn Deutschen (60%) wie auch der EU-Bürger sehen bei der Europäischen Union die Zuständigkeit für Fragen und Probleme, die durch nationale, regionale oder kommunale Regierungen nicht effektiv gelöst werden können. Damit ist in Deutschland wie auch EU-weit der Anteil der Unterstützer leicht zurückgegangen (D: -5 Pp., EU: -3 Pp.), aber ohne dass dieser Rückgang in Deutschland zu Gunsten der Ablehner ging. Vielmehr hat sich hier vor allem der Anteil derjenigen, die dazu keine Meinung äußern können oder wollen, leicht von 20 auf 24% vergrößert.

Im Zuge der Entwicklung der Europäischen Union wurde in verschiedenen Politikbereichen stufenweise die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer und die Harmonisierung der nationalen Vorschriften vertraglich geregelt. So bildete der Vertrag von Maastricht unter anderem den Grundstein für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Freizügigkeit in Europa, während der Vertrag von Amsterdam unter anderem eine weitergehende Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz vorsieht. Wie im April wurde auch im Oktober 2003 für die einzelnen Politikbereiche der Verträge von Maastricht und Amsterdam getrennt erfragt, ob die Entscheidungen auf den einzelnen Gebieten nach Auffassung der Bürger durch die Europäische Union oder die jeweilige nationale Regierung getroffen werden sollten.

8.3.2 Entscheidungen nach dem Maastricht-Vertrag

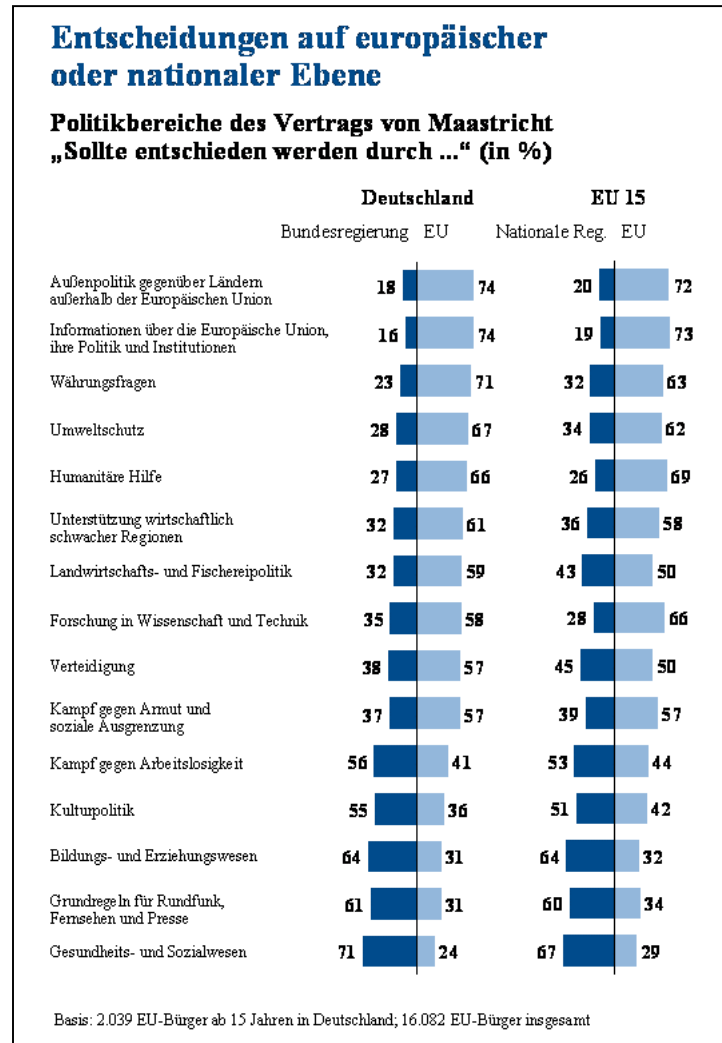
Gegenüber der vorangegangenen Erhebung im April 2003 werden in etwa unverändert von jeweils knapp drei Viertel der Deutschen und der EU-Bürger die Außenpolitik gegenüber Nicht-EU-Staaten sowie die Bereitstellung von Informationen über die EU, ihrer Politik und ihrer Institutionen als Gebiete bezeichnet, auf denen die Entscheidungen gemeinsam innerhalb der EU getroffen werden sollten.

Sieben von zehn Befragten (D: 71%, EU: 63%) sind der Auffassung, dass Entscheidungen in Währungsfragen auf europäischer Ebene zu treffen sind. Im Vergleich zur letzten Erhebung ist dieser Anteil sowohl Deutschland wie EU-weit um 5 Prozentpunkte gesunken und hat damit einen Teil des Gewinns zwischen Oktober 2002 und April 2003 wieder abgeben. Er liegt damit aber zumindest in Deutschland immer noch über dem Wert vom Vorjahr und deutlich über den Werten aus den Jahren 1999 und 2000.

Eine deutliche Mehrheit der Deutschen und EU-Bürger wünscht sich darüber hinaus gemeinsame Entscheidungen auf EU-Ebene auch auf den Gebieten des Umweltschutzes, der humanitären Hilfe und der Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen.

Das Thema Verteidigung, das zwischen Oktober 2002 und April 2003 deutlich an Bedeutung gewonnen hatte, hat innerhalb Deutschlands nur leicht und innerhalb der EU gar nicht verloren. Sowohl in Deutschland (57%, -2 Pp.) als auch in Europa (50%, unverändert) möchten die Bürger, dass in diesem Bereich gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden wird.

Deutlich an Vorrang verloren haben die Themen „Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ und „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“: Zwar will beim Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung noch eine absolute Mehrheit von 57% (EU: 57%) dieses Thema innerhalb der EU entschieden sehen, dies sind allerdings rund 6 Prozentpunkte weniger als im April 2003. Geht es um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, so ist es hier nur noch eine absolute Minderheit von 41% (EU: 44%), die dies bei der EU angesiedelt sehen will (D: -5 Pp., EU: -4 Pp.), und eine Mehrheit von 56%, die dies national gelöst sehen will. Damit stabilisiert sich der Trend, der seit November 2002 zu beobachten ist, hin zu einer stärkeren Forderung nach

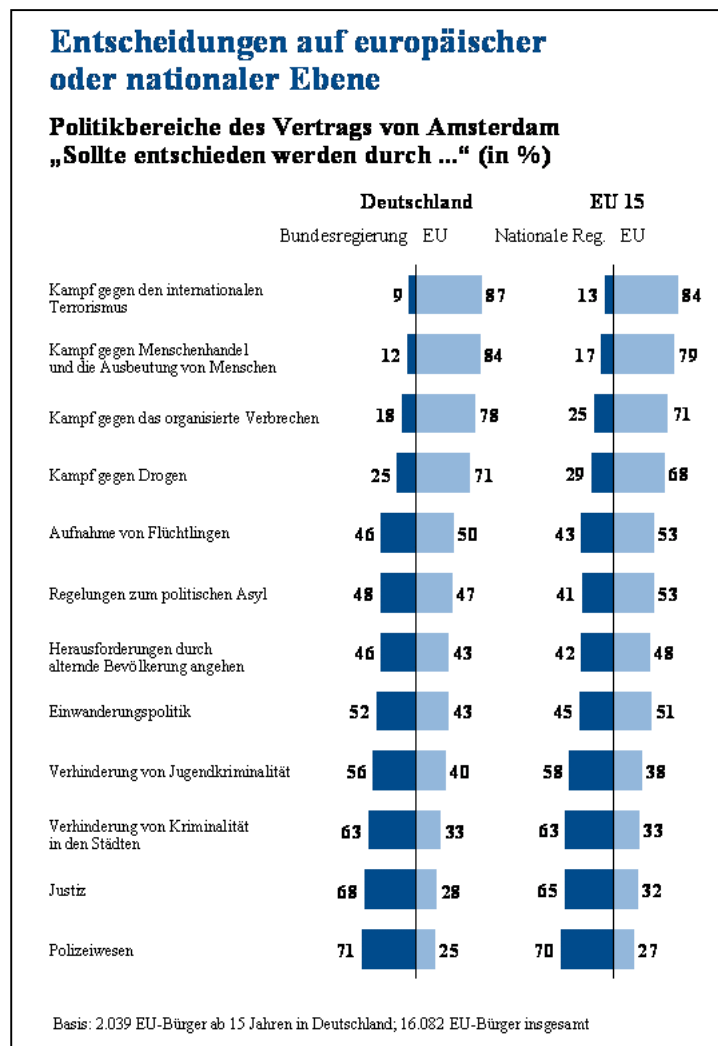


nationaler Entscheidung in dieser Frage. Die Ursache ist sicherlich in der andauernden wirtschaftlichen Krise zu suchen, die sich eben vor allem in hoher Arbeitslosigkeit niederschlägt, und bei der zuletzt in einer Renationalisierung dieser Politikbereiche Zuflucht gesucht wird.

In nationaler Zuständigkeit sehen die Deutschen wie auch die EU-Bürger weiterhin die Themen Kulturpolitik, Bildung und Erziehung, Medien sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Dabei zeigt sich aber auch, dass in der Regel westdeutsche Befragte eine etwas höhere Neigung haben, das Entscheidungen aus diesen Politikbereichen auf europäischer Ebene getroffen werden, als ostdeutsche Befragte.

8.3.3 Entscheidungen nach dem Amsterdam-Vertrag

Bereits an anderen Stellen wurde deutlich, dass die Koordinierung oder auch Übernahme von Verantwortlichkeiten im Bereich der Sicherheit in der deutschen Bevölkerung akzeptiert und unterstützt wird: So unterstützen fast neun von zehn Befragten (D: 87%, EU: 84%) Entscheidungen gemeinsam durch die EU im Kampf gegen Terrorismus, gegen Menschenhandel und Ausbeutung (D: 84%, EU: 80%), im Kampf gegen das organisierte Verbrechen (D: 78%, EU: 71%) und im Kampf gegen Drogen (D: 71%, EU: 68%). Die Bedeutung, die diesen Aufgaben durch die Öffentlichkeit zugemessen wird, lässt sich auch daran sehen, dass im Vergleich zu den vorangegangenen Befragungen die Meinungen fast stabil sind und nur minimalen Veränderungen unterliegen.



Noch jeder zweite Befragte ist in Fragen der Aufnahme von Flüchtlingen für EU-Regelungen (D: 50%, EU: 53%), im Vergleich zum April 2003 ist dies in Deutschland ein Rückgang von 3 Prozentpunkten, EU-weit ist dies mit minus 1 Prozentpunkt praktisch stabil.

Absolute Mehrheiten für nationale Entscheidungen zeigen sich in Deutschland bei den Themen zur Einwanderungspolitik (52%), der Vorbeugung von Jugendkriminalität (56%) und Kriminalität in den Städten (63%), sowie Justiz (68%) und Polizei (71%). Dies sind aber auch



die Bereiche, die - wie die Fragen nach der Vorbeugung gegenüber Kriminalität - einen stark lokalen Bezug haben, oder die an die Kernbereiche der staatlichen Souveränität gehen, eben wie Regelungen im Justizbereich oder der innerstaatlichen Exekutivgewalt. Insofern sind die Vorbehalte der deutschen wie der europäischen Bevölkerungen durchaus auch rational und sinnvoll nachvollziehbar.

9 KENNTNIS DER EUROPÄISCHEN UNION

9.1 Wahrnehmung der EU in den Medien

Bei einem großen Teil der Deutschen besteht mehr Informationsbedarf zur Europäischen Union: Vier von zehn Bürgern sind der Meinung, dass die deutschen Medien zu wenig darüber berichten. Damit sind die Deutschen etwas informationshungriger als der EU-Durchschnitt (37%). 45% sind der Auffassung, dass die Medien sich ausreichend mit der Europäischen Union befassen und nur ein kleiner Prozentsatz findet, dass die EU zu oft in den Medien behandelt wird.

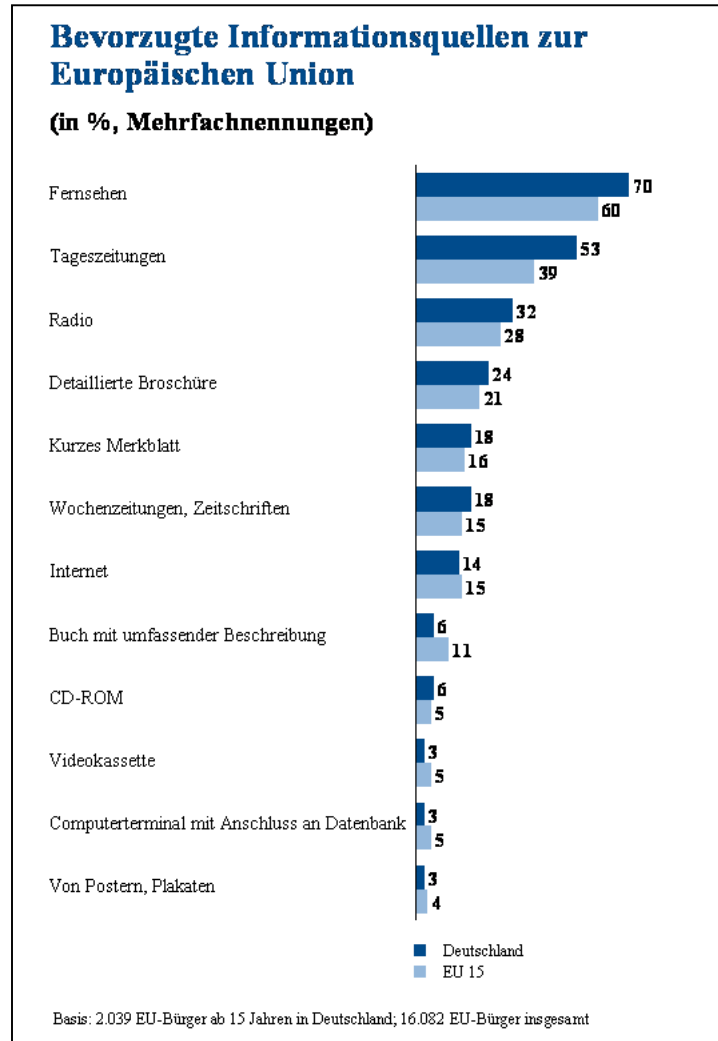
Männer wünschen dabei etwas mehr Informationen als Frauen, und die 15-24jährigen und die über 55jährigen mehr als die mittleren Altersgruppen.

Am meisten Informationsbedarf besteht innerhalb der EU bei den Bürgern der Niederlande (51% finden, dass in ihren nationalen Medien zuwenig über die EU berichtet wird), Italiens (48%) und Griechenlands (42%). Am geringsten ist der Bedarf nach mehr EU-Themen in den nationalen Medien in Dänemark (20%), Irland (21%) und Spanien (22%).

Eine relative Mehrheit der Deutschen wie auch der Europäer insgesamt ist der Meinung, dass die Berichterstattung über die Europäische Union objektiv ist (Deutschland 42%, Europa 41%). Ein Fünftel der Deutschen findet, dass die Europäische Union in der Berichterstattung zu gut wegkommt, und nur ein geringer Anteil (7%) findet, dass die Medien zu schlecht über die EU berichten. Allerdings konnten fast ein Drittel der Befragten in Deutschland und ein Viertel EU-weit diese Frage nicht beantworten.

9.2 Informationsverhalten

In den Antworten auf die Frage, aus welchen Medien am liebsten Informationen über die Europäische Union bezogen würden, gibt es von April bis Oktober 2003 geringe Veränderungen. An erster Stelle wird unverändert das Fernsehen genannt, allerdings mit merklich steigender Tendenz (70%, +6 Pp. seit April 2003). Auf Rang zwei folgt die Tagespresse auf nahezu un-



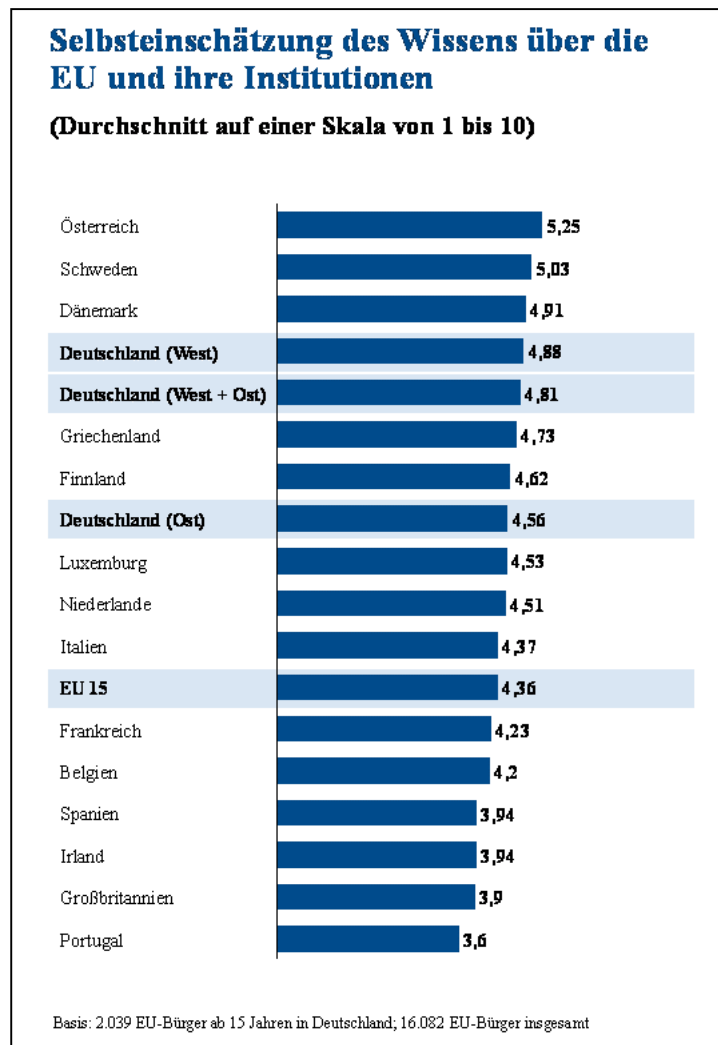
veränderten Niveau: Etwas mehr als die Hälfte aller Deutschen (53%, +2 Pp.) würden gerne durch die Tagespresse Informationen zur EU erhalten. An dritter Stelle der gewünschten Informationsmedien steht das Radio mit gestiegenen Werten (32%, +5 Pp.).

Weniger Deutsche als noch im Frühjahr (14%, -3 Pp.) geben an, Zugriff zu Informationen über das Internet zu wünschen; der EU-Durchschnitt liegt mit 15% leicht darüber.

Die Rangfolge der tatsächlich genutzten Informationsquellen ist identisch (Fernsehen, Tagespresse, Radio) und auf etwas höherem Niveau.

9.3 Subjektiv empfundener Wissensstand

Ihrer eigenen Einschätzung nach gehören die Deutschen weiterhin zu den am besten über die Europäische Union, ihre Politik und Institutionen informierten EU-Bürgern. Auf einer Skala von 1 ("weiß überhaupt nichts darüber") bis 10 ("weiß sehr viel darüber") stufen sie ihren Wissensstand im Mittel mit 4,81 (April 2003: 4,69) ein. Dabei fühlen sich die Menschen im Westen etwas besser über die EU unterrichtet als die Bürger in Ostdeutschland. Am subjektiv besten informiert sind Männer, Personen mit einer hohen schulischen Ausbildung, Selbstständige und Leitende Angestellte.



Der Mittelwert für die EU insgesamt liegt bei 4,36 (April 2003 4,25). Damit liegen die Deutschen insgesamt in ihrer Selbsteinschätzung an vierter Stelle. In Österreich, Schweden und Dänemark stufen die Bürger ihren Kenntnisstand höher ein.



STANDARD EUROBAROMETER 60.1 TECHNICAL SPECIFICATIONS

Between 1st October 2003 and 7th November 2003, the European Opinion Research Group, a consortium of Market and Public Opinion Research agencies, made out of INRA in Belgium – I.C.O. and GfK Worldwide, carried out wave 60.1 of the standard Eurobarometer, on request of the EUROPEAN COMMISSION, Directorate-General Press and Communication, Opinion Polls.

The Standard EUROBAROMETER 60.1 covers the population of the respective nationalities of the European Union Member States, aged 15 years and over, resident in each of the Member States. The basic sample design applied in all Member States is a multi-stage, random (probability) one. In each EU country, a number of sampling points was drawn with probability proportional to population size (for a total coverage of the country) and to population density.

For doing so, the points were drawn systematically from each of the "administrative regional units", after stratification by individual unit and type of area. They thus represent the whole territory of the Member States according to the EUROSTAT NUTS 2 (or equivalent) and according to the distribution of the resident population of the respective EU-nationalities in terms of metropolitan, urban and rural areas. In each of the selected sampling points, a starting address was drawn, at random. Further addresses were selected as every Nth address by standard random route procedures, from the initial address. In each household, the respondent was drawn, at random. All interviews were face-to-face in people's home and in the appropriate national language.

COUNTRIES	INSTITUTES	N° INTERVIEWS	FIELDWORK DATES	POPULATION 15+ (x 000)
Belgium	INRA/IPSOS BELGIUM	1022	7/10 – 7/11	8,458
Denmark	GfK DENMARK	1000	9/10 – 5/11	4,355
Germany (East)	INRA/IPSOS DEUTSCHLAND	1023	4/10 – 24/10	13,164
Germany (West)	INRA/IPSOS DEUTSCHLAND	1016	4/10 – 24/10	56,319
Greece	MARKET ANALYSIS	1001	6/10 – 2/11	8,899
Spain	INRA/IPSOS ESPAÑA	1000	6/10 – 1/11	34,239
France	CSA-TMO	1015	9/10 – 27/10	47,936
Ireland	LANSDOWNE Market Research	1014	6/10 – 30/10	3,004
Italy	Demoskopea	1008	1/10 – 28/10	49,531
Luxembourg	ILRes	587	3/10 – 7/11	357
The Netherlands	INTOMART	1006	7/10 – 4/11	13,010
Austria	SPECTRA	1010	3/10 – 29/10	6,770
Portugal	METRIS	1000	3/10 – 28/10	8,620
Finland	MDC MARKETING RESEARCH	1018	9/10 – 5/11	4,245
Sweden	GfK SVERIGE	1000	1/10 – 3/11	7,252
Great Britain	MARTIN HAMBLIN LTD	1055	1/10 – 5/11	46,370
Northern Ireland	ULSTER MARKETING SURVEYS	307	7/10 – 28/10	1,314
TOTAL NUMBER OF INTERVIEWS		16082		

For each country a comparison between the sample and the universe was carried out. The Universe description was derived from Eurostat population data or from national statistics. For all EU member-countries a national weighting procedure, using marginal and intercellular weighting, was carried out based on this Universe description. As such in all countries, minimum gender, age, region NUTS 2 were introduced in the iteration procedure. For international weighting (i.e. EU averages), INRA (EUROPE) applies the official population figures as provided by EUROSTAT or national statistic offices. The total population figures for input in this post-weighting procedure are listed above.

The results of the Eurobarometer studies are reported in the form of tables, datafiles and analyses. Per question a table of results is given with the full question text in English, French and German. The results are expressed as a percentage of the total. The results of the Eurobarometer surveys are analysed and made available through the Directorate-General Press and Communication, Opinion Polls of the European Commission, rue de la Loi 200, B-1049 Brussels. The results are published on the Internet server of the European Commission: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/. All Eurobarometer datafiles are stored at the Zentral Archiv (Universität Köln, Bachemer Strasse, 40, D-50869 Köln-Lindenthal), available through the CESSDA Database <http://www.nsd.uib.no/cessda/europe.html>. They are at the disposal of all institutes members of the European Consortium for Political Research (Essex), of the Inter-University Consortium for Political and Social Research (Michigan) and of all those interested in social science research.

Readers are reminded that survey results are estimations, the accuracy of which, everything being equal, rests upon the sample size and upon the observed percentage. With samples of about 1,000 interviews, the real percentages vary within the following confidence limits:

Observed percentages	10% or 90%	20% or 80%	30% or 70%	40% or 60%	50%
Confidence limits	± 1.9%	± 2.5%	± 2.7%	± 3.0%	± 3.1%



STANDARD EUROBAROMETER 60.1

CO-OPERATING AGENCIES AND RESEARCH EXECUTIVES

The European Opinion Research Group EEIG
Christine Kotarakos
111, rue Colonel Bourg – B-1140 Brussels
Tel : +32 2 724 89 15 – Fax : +32 2 724 89 12
e-mail: christine.kotarakos@eorg.be

INRA (EUROPE) - European Coordination Office SA/NV
159-165, avenue de la Couronne – B-1050 Brussels
Tel : +32 2 642 47 11 – Fax : +32 2 648 34 08

BELGIQUE	INRA BELGIUM 159, avenue de la Couronne B-1050 BRUXELLES	Mrs. Karin Schreurs Karin.Schreurs@inra.com	tel. fax	++/32 2 642 47 11 ++/32 2 648 34 08
DANMARK	GfK DANMARK Sylows Allé, 1 DK-2000 FREDERIKSBERG	Mr. Finn Villemoes Finn.Villemoes@gfk.dk	tel. fax	++/45 38 32 20 00 ++/45 38 32 20 01
DEUTSCHLAND	IPSOS GmbH Papenkamp, 2-6 D-23879 MÖLLN	Mr. Uwe Reising Uwe.Reising@ipsos.de	tel. fax	++/49 4542 801 0 ++/49 4542 801 201
ELLAS	Market Analysis 190 Hymettus Street GR-11635 ATHENA	Mr. Spyros Camileris markanalysis@ marketanalysis.gr	tel. fax	++/30 1 75 64 688 ++/30/1/70 19 355
ESPAÑA	IPSOS -Eco Consulting Avda de Burgos Nº 12, 8ª planta 28036 Madrid SPAIN	Mrs. Victoria MIQUEL victoria.miquel@ consulting.ecoipsos.es	tel. fax	++/34 91 7672199 ++/34 91 3834254
FRANCE	CSA-TMO 30, rue Saint Augustin F-75002 PARIS	Mr. Bruno JEANBART bruno.jeanbart@csa-tmo.fr	tel. fax	++/33 1 44 94 59 10 ++/33 1 44 94 40 01
IRELAND	LANSLOWNE Market Research 49, St. Stephen's Green IRL-DUBLIN 2	Mr. Roger JUPP roger@Lmr.ie	tel. fax	++/353 1 661 34 83 ++/353 1 661 34 79
ITALIA	Demoskopea S.p.A. Via Salaria, 290 I-00199 ROMA	Mrs. Maria-Adelaide SANTILLI Santilli@demoskopoea.it	tel. fax	++/39 06 85 37 521 ++/39 06 85 35 01 75
LUXEMBOURG	ILReS 46, rue du Cimetière L-1338 LUXEMBOURG	Mr. Charles MARGUE charles.margue@ilres.com	tel. fax	++/352 49 92 91 ++/352 49 92 95 555
NEDERLAND	Intomart Noordse Bosje 13-15 NL - 1201 DA HILVERSUM	Mr. Dré Koks Dre.Koks@intomart.nl	tel. fax	++/31/35/625 84 11 ++/31/35/625 84 33
AUSTRIA	SPECTRA Brucknerstrasse, 3-5/4 A-4020 LINZ	Mrs. Jitka NEUMANN neji@spectra.at	tel. fax	++/43/732/6901 ++/43/732/6901-4
PORTUGAL	MetrisGfK Rua Marquês da Fronteira, 8 – 1º Andar 1070 - 296 LISBOA	Mrs. Mafalda BRASIL mafaldabrasil@metris.gfk.pt	tel. fax	++/351 210 000 200 ++/351 210 000 290
FINLAND	MDC MARKETING RESEARCH Ltd Itätuulenkuja 10 A FIN-02100 ESPOO	Mr. Mika Kiiski Mika.Kiiski@tns-gallup.fi	tel. fax	++/358 9 613 500 ++/358 9 613 50 423
SWEDEN	GfK SVERIGE S:t Lars väg 46 S-221 00 LUND	Mr. Rikard EKDAHL rikard.ekdahl@gfksverige.se	tel. fax	++/46 46 18 16 00 ++/46 46 18 16 11
GREAT BRITAIN	MARTIN HAMBLIN LTD Mulberry House, Smith Square 36 UK-London Swip 3HL	Mr. Ross Williams ross.williams@ martinhamblin.co.uk	tel. fax	++/44 207 222 81 81 ++/44 207 396 90 46

Studie Nr.	5884 DD 00 (530)
Land	03 (14) Deutschland-West/ (Ost)
INRA (E)-Studie Nr.	EB 60.1
Version	final
Fragebogen-Nr.	
Adressenlisten-Nr.	
Interviewer-Nr.	

A) Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst und die Kinder mit eingeschlossen?

- 1 ... eine Person
- 2 ... zwei Personen
- 3 ... drei Personen
- 4 ... vier Personen
- 5 ... fünf Personen
- 6 ... sechs Personen
- 7 ... sieben Personen
- 8 ... acht Personen
- 9 ... neun Personen +

B) Und wie viele Personen davon sind 15 Jahre und älter?

- 1 ... eine Person
- 2 ... zwei Personen
- 3 ... drei Personen
- 4 ... vier Personen
- 5 ... fünf Personen
- 6 ... sechs Personen
- 7 ... sieben Personen
- 8 ... acht Personen
- 9 ... neun Personen +

C) Nennen Sie mir doch bitte die Vornamen dieser ... (**Antwort aus Frage B nennen**) Personen und fangen Sie mit der ältesten Person an.

Q1

Welche Staatsangehörigkeit besitzen Sie? Nennen Sie mir bitte das Land bzw. die Länder, deren Staatsangehörigkeit Sie besitzen.

INT: Mehrfachnennungen möglich.

- | | | |
|--------------------------------------|---|-----------------------|
| 1 Belgien |) | |
| 2 Dänemark |) | |
| 3 Deutschland |) | |
| 4 Griechenland |) | |
| 5 Spanien |) | |
| 6 Frankreich |) | |
| 7 Irland |) | |
| 8 Italien |) | à weiter mit Frage Q2 |
| 9 Luxemburg |) | |
| 10 Niederlande |) | |
| 11 Portugal |) | |
| 12 Großbritannien (inkl. Nordirland) |) | |
| 13 Österreich |) | |
| 14 Schweden |) | |
| 15 Finnland |) | |
| <hr/> | | |
| 16 andere Länder |) | à ENDE |
| 17 Weiß nicht |) | à ENDE |

Q2

Würden Sie sagen, dass Sie, wenn Sie mit Freunden zusammen sind, politische Dinge häufig, gelegentlich oder niemals diskutieren?

- 1 Häufig
- 2 Gelegentlich
- 3 Niemals
- 4 Weiß nicht

Q3

Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Arbeitskollegen oder Ihre Bekannten von einer Meinung überzeugen, auf die Sie selbst großen Wert legen? Geschieht dies ...

INT.: Vorlesen.

- 1 ... häufig,
- 2 ... von Zeit zu Zeit,
- 3 ... selten oder
- 4 ... niemals?
- 5 Weiß nicht

Q4

Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden? Würden Sie sagen, Sie sind ...

INT.: Vorlesen.

- 1 ... sehr zufrieden,
- 2 ... ziemlich zufrieden,
- 3 ... nicht sehr zufrieden oder
- 4 ... überhaupt nicht zufrieden?
- 5 Weiß nicht

Q5

Welche Erwartungen haben Sie an das kommende Jahr? Wird das Jahr 2004 besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um folgendes geht: ...

INT.: Einzelne vorlesen.

	Besser	Schlechter	Gleich	Weiß nicht
1 ... Ihr Leben im allgemeinen	1	2	3	4
2 ... die wirtschaftliche Lage in Deutschland				
3 ... die finanzielle Situation Ihres Haushaltes				
4 ... die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland				
5 ... Ihre persönliche berufliche Situation				

Q6

Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit ...

INT.: Einzelne vorlesen.

	Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
1... der Presse	1	2	3
2... dem Rundfunk			
3... dem Fernsehen			
4... der Justiz, dem deutschen Rechtssystem			
5... der Polizei			
6... der Bundeswehr			
7... den religiösen Institutionen			
8... den Gewerkschaften			
9... den politischen Parteien			
10... großen Unternehmen			
11... der Deutschen Bundesregierung			
12... dem Deutschen Bundestag			
13... der Europäischen Union			
14... den Vereinten Nationen			
15... Wohltätigkeitsorganisationen oder ehrenamtlichen Organisationen			

Lassen Sie uns ein wenig über die Europäische Union sprechen.

Q7

Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ... ?

INT.: Vorlesen.

- 1 ... eine gute Sache,
- 2 ... eine schlechte Sache oder
- 3 ... weder gut noch schlecht?
- 4 Weiß nicht

Q8

Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?

- 1 Vorteile
- 2 Ist nicht der Fall
- 3 Weiß nicht

Q9

Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor ?

- 1 Sehr positiv
- 2 Ziemlich positiv
- 3 Weder positiv noch negativ
- 4 Ziemlich negativ
- 5 Sehr negativ
- 6 Weiß nicht

Q10

Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

INT.: Weißes Kartenspiel mischen und Karten einzeln vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Bereiche einzeln vorlesen.

- 1 K Frieden
- 2 O Wirtschaftlicher Wohlstand
- 3 L Soziale Absicherung
- 4 D Die Freiheit überall in der Europäischen Union reisen, studieren und arbeiten zu können
- 5 G Kulturelle Vielfalt
- 6 P Mehr Mitsprache in der Welt
- 7 I Der Euro
- 8 S Arbeitslosigkeit
- 9 M Bürokratie
- 10 E Geldverschwendung
- 11 B Der Verlust unserer kulturellen Identität
- 12 F Mehr Kriminalität
- 13 H Nicht genug Kontrollen an den Grenzen der Europäischen Union
- 14 Andere (INT.: NUR falls spontan genannt)
- 15 Weiß nicht

Q11

Gibt Ihnen die Europäische Union persönlich ein Gefühl von

INT: Liste Q11 vorlegen. Vorlesen. Mehrfachnennungen möglich.

- 1... Begeisterung
- 2... Hoffnung
- 3... Vertrauen
- 4... Gleichgültigkeit
- 5... Sorge
- 6... Misstrauen
- 7... Ablehnung
- 8 Weiß nicht

Q12a

Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell wie möglich. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung nach der gegenwärtigen Geschwindigkeit beim Aufbau Europas am besten?

INT.: Liste Q12 vorlegen und liegen lassen.

- | | | |
|---|------------|------------------------------|
| 1 | Nummer 1 | steht still |
| 2 | Nummer 2 | |
| 3 | Nummer 3 | |
| 4 | Nummer 4 | |
| 5 | Nummer 5 | |
| 6 | Nummer 6 | läuft so schnell wie möglich |
| 7 | Nummer 7 | |
| 8 | Weiß nicht | |

Q12b

Und welches Männchen entspricht am besten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden?

INT.: Liste Q12 liegt noch vor.

- | | | |
|---|------------|------------------------------|
| 1 | Nummer 1 | steht still |
| 2 | Nummer 2 | |
| 3 | Nummer 3 | |
| 4 | Nummer 4 | |
| 5 | Nummer 5 | |
| 6 | Nummer 6 | läuft so schnell wie möglich |
| 7 | Nummer 7 | |
| 8 | Weiß nicht | |

Q13

Sind Sie persönlich für oder gegen die Entwicklung hin zu einer europäischen politischen Union?

- | | |
|---|------------|
| 1 | Dafür |
| 2 | Dagegen |
| 3 | Weiß nicht |

Q14

Wenn man Ihnen morgen erzählen würde, dass die Europäische Union gescheitert ist, würden Sie es sehr bedauern, wäre es Ihnen gleichgültig oder würden Sie sehr erleichtert sein?

- | | |
|---|-----------------------|
| 1 | Sehr bedauern |
| 2 | Gleichgültig |
| 3 | Sehr erleichtert sein |
| 4 | Weiß nicht |

Q15

Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie viel Sie Ihrer Meinung nach über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen wissen. Die 1 bedeutet: "weiß überhaupt nichts darüber", die 10 bedeutet "weiß sehr viel darüber". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

INT.: Skala Q15 vorlegen.

Weiß überhaupt
nichts darüber

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Weiß sehr
viel darüber
10

- 11 Weiß nicht

Q16

Wenn Sie Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen erhalten wollen, welche der folgenden Informationsquellen nutzen Sie dann?

INT.: Liste Q16 vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Intensiv nachfragen:

Und welche noch?

- | | | |
|----|---|------------------------|
| 1 | Treffen, Veranstaltungen | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 2 | Gespräche mit Verwandten, Freunden, Kollegen | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 3 | Tageszeitungen | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 4 | Wochenzeitungen, Zeitschriften | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 5 | Fernsehen | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 6 | Radio | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 7 | Internet | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 8 | Bücher, Broschüren, Informationsblätter | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 9 | CD-ROM | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 10 | Informationen über die Europäische Union in Aushängen in Büchereien, Rathäusern, Bahnhöfen, Post-
ämtern | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 11 | EU-Informationsbüros, Europa-Informationszentren, Europa-Informationsstände, Europa-Bibliotheken,
usw. | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 12 | Informationsbüros auf Bundes- oder Landesebene | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 13 | Gewerkschaften oder Berufsverbände | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 14 | andere Organisationen (z.B. Verbraucherorganisationen usw.) | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 15 | ein Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 16 | sonstiges (INT.: NUR falls spontan genannt) | à WEITER MIT FRAGE Q17 |
| 17 | Suche nie nach solchen Informationen, kein Interesse (INT.: NUR falls spontan
genannt) | à WEITER MIT FRAGE Q18 |
| 18 | Weiß nicht | à WEITER MIT FRAGE Q17 |

INT.: Wenn in Frage Q16 Position 1-16 oder 18 „suche nach solchen Informationen“ in irgendeiner Form ge-
nannt:

Q17

Ganz allgemein, wie würden Sie Informationen über die Europäische Union am liebsten bekommen?

INT.: Liste Q17 vorlegen. Mehrfachnennungen möglich. Intensiv nachfragen:

Und wie noch?

- | | |
|----|--|
| 1 | Als kurzes Merkblatt, das nur einen Überblick gibt |
| 2 | Als detailliertere Broschüre |
| 3 | Als Buch mit umfassender Beschreibung |
| 4 | Auf Videokassette |
| 5 | Im Internet |
| 6 | Auf CD-ROM |
| 7 | Über einen Computer-Terminal, der es Ihnen ermöglicht, auf Datenbanken zuzugreifen |
| 8 | Aus dem Fernsehen |
| 9 | Aus dem Radio |
| 10 | Aus Tageszeitungen |
| 11 | Aus Wochenzeitungen, Zeitschriften |
| 12 | Von Postern, Plakaten |
| 13 | Ich wünsche keine Informationen über die Europäische Union (INT.: NUR falls spontan
genannt!) |
| 14 | Keines davon (INT.: NUR falls spontan genannt) |
| 15 | Weiß nicht |

AN ALLE

Q18

Ganz allgemein gesprochen: Finden Sie, dass die deutschen Medien zu viel, genug oder zu wenig über die Europäische Union sprechen?

- | | |
|---|------------|
| 1 | Zu viel |
| 2 | Genug |
| 3 | Zu wenig |
| 4 | Weiß nicht |

Q19

Und sind Sie der Meinung, dass die deutschen Medien die Europäische Union zu positiv, objektiv oder zu negativ darstellen?

- 1 Zu positiv
- 2 Objektiv
- 3 Zu negativ
- 4 Weiß nicht

Q20

Haben Sie schon einmal etwas gehört oder gelesen über ...

INT.: Liste Q20 vorlegen, bis Q22 liegen lassen UND vorlesen.

	Ja	Nein	Weiß nicht
1... das Europäische Parlament	1	2	3
2... die Europäische Kommission			
3... den Ministerrat der Europäischen Union			
4... den Europäischen Gerichtshof			
5... den Europäischen Ombudsmann			
6... die Europäische Zentralbank			
7... den Europäischen Rechnungshof			
8... den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			

Q21

Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt oder nicht.

INT.: Liste Q20 liegt noch vor. Vorlesen.

	Wichtige Rolle	Keine wichtige Rolle	Weiß nicht
1... das Europäische Parlament	1	2	3
2... die Europäische Kommission			
3... der Ministerrat der Europäischen Union			
4... der Europäische Gerichtshof			
5... der Europäische Ombudsmann			
6... die Europäische Zentralbank			
7... der Europäische Rechnungshof			
8... der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... der Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			

Q22

Sagen Sie mir bitte für jede davon, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

INT.: Liste Q20 liegt noch vor. Vorlesen.

	Eher ver- trauen	Eher nicht vertrauen	Weiß nicht
1... dem Europäischen Parlament	1	2	3
2... der Europäischen Kommission			
3... dem Ministerrat der Europäischen Union			
4... dem Europäischen Gerichtshof			
5... dem Europäischen Ombudsmann			
6... der Europäischen Zentralbank			
7... dem Europäischen Rechnungshof			
8... dem Ausschuss der Regionen der Europäischen Union			
9... dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union			

Q23

a) Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?

INT.: Skala Q23 vorlegen und liegen lassen. Antwort im Schema bei Frage Q23a ankreuzen

b) Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

INT.: Skala Q23 liegt noch vor. Antwort im Schema bei Frage Q23b ankreuzen.

	Sehr zufriede- den	Ziemlich zufrieden	Nicht sehr zufrieden	Überhaupt nicht zu- frieden	Weiß nicht
Q23a) in Deutschland	1	2	3	4	5
Q23b) in der Europäischen Union					

Fragen Q24 - Q25 entfallen!

Q26

Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland gegenüber steht?

INT: Liste Q26 vorlegen. Maximal ZWEI Nennungen zulassen.

- 1: Kriminalität
- 2: Öffentliches Verkehrssystem
- 3: Wirtschaftliche Lage
- 4: Steigende Preise / Inflation
- 5: Steuern
- 6: Arbeitslosigkeit
- 7: Terrorismus
- 8: Verteidigung / Außenpolitik
- 9: Wohnungsbau
- 10: Einwanderung
- 11: Gesundheitssystem
- 12: Bildungssystem
- 13: Renten
- 14: Umweltschutz
- 15: Sonstiges (INT: NUR falls spontan genannt!)
- 16: Weiß nicht

Q27

Und sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen in Deutschland, ob die Europäische Union dabei Ihrer Meinung nach jeweils eine positive Rolle spielt, eine negative Rolle spielt, oder weder eine positive noch negative Rolle spielt.

INT.: Einzelne vorlesen.

	Positive Rolle	Negative Rolle	Weder positive noch negative Rolle	Weiß nicht
1. Verbrechensbekämpfung	1	2	3	4
2. Öffentliches Verkehrssystem				
3. Die wirtschaftliche Lage				
4. Steigende Preise / Inflation				
5. Steuern				
6. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit				
7. Bekämpfung des Terrorismus				
8. Verteidigung				
9. Außenpolitik				
10. Wohnungsbau				
11. Einwanderung				
12. Gesundheitssystem				
13. Das Bildungssystem				
14. Renten				
15. Umweltschutz				

Q28a

Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der deutschen Bundesregierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

INT.: Bereiche einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Bereich beginnen. Immer für alle Bereiche abfragen.

Hier den Startpunkt markieren.

	Entscheidung durch die Bundesregierung	Entscheidung gemeinsam innerhalb der EU	Weiß nicht
1. Verteidigung	1	2	3
2. Umweltschutz			
3. Währungsfragen			
4. Humanitäre Hilfe			
5. Gesundheits- und Sozialwesen			
6. Grundregeln für Rundfunk, Fernsehen und Presse			
7. Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung			
8. Kampf gegen Arbeitslosigkeit			
9. Landwirtschafts- und Fischereipolitik			
10. Unterstützung wirtschaftlich schwacher Regionen			
11. Bildungs- und Erziehungswesen			
12. Forschung in Wissenschaft und Technik			
13. Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen			
14. Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der Europäischen Union			
15. Kulturpolitik			

Q28b

Und wie ist das mit den folgenden Bereichen?

INT.: Bereiche einzeln vorlesen. Bei jedem Interview mit einem anderen Bereich beginnen. Immer für alle Bereiche abfragen.

Hier den Startpunkt markieren.

	Entscheidung durch die Bundesregierung	Entscheidung gemeinsam innerhalb der EU	Weiß nicht
1. Einwanderungspolitik	1	2	3
2. Regelungen zum politischen Asyl			
3. Kampf gegen das organisierte Verbrechen			
4. Polizeiwesen			
5. Justiz			
6. Aufnahme von Flüchtlingen			
7. Verhinderung von Jugendkriminalität			
8. Verhinderung von Kriminalität in den Städten			
9. Kampf gegen Drogen			
10. Kampf gegen Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen			
11. Kampf gegen den internationalen Terrorismus			
12. Die Herausforderungen angehen, die sich durch eine alternde Bevölkerung ergeben.			

Q29

Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

INT.: Einzeln vorlesen. Reihenfolge der Vorschläge von Interview zu Interview ändern. Aber immer alle Vorschläge abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

	Dafür	Dagegen	Weiß nicht
1 Eine Europäische Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.	1	2	3
2 Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten.			
3 Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.			
4 Die Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder.			
5 Dass die Europäische Union für jene Fragen und Probleme zuständig sein sollte, die nicht effektiv durch die nationalen, regionalen und kommunalen Regierungen gelöst werden können.			
6 Der Rücktritt des Präsidenten der Europäischen Kommission und der Europäischen Kommissare, wenn diese nicht das Vertrauen einer Mehrheit im Europäischen Parlament besitzen.			
7 Kindern in der Schule lehren, wie die Institutionen der Europäischen Union arbeiten.			
8 Die Tatsache, dass sich die Europäische Kommission aus Kommissionsmitgliedern aus jedem Mitgliedsland zusammensetzt			

Q30

Ich lese Ihnen nun einige Maßnahmen vor, die die Europäische Union ergreifen könnte. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Maßnahmen, ob sie Ihrer Meinung nach vorrangig behandelt werden sollte oder nicht.

INT.: Einzelne vorlesen.

	Vorrangig behandeln	Nicht vorrangig behandeln	Weiß nicht
1 Neue Mitgliedsstaaten aufnehmen	1	2	3
2 Mehr Bürgernähe in Europa erreichen, z.B. indem man die Bürger besser über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informiert			
3 Die einheitliche Europäische Währung, den Euro, erfolgreich einführen			
4 Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen			
5 Umweltschutz			
6 Die Qualität von Lebensmitteln garantieren			
7 Verbraucher schützen und auch die Qualität anderer Produkte als von Lebensmitteln garantieren			
8 Kampf gegen Arbeitslosigkeit			
9 Die Reform der Institutionen der Europäischen Union und deren Arbeitsweise			
10 Das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen			
11 Die politische und diplomatische Bedeutung der Europäischen Union in der Welt betonen			
12 Frieden und Sicherheit in Europa bewahren			
13 Die Rechte des einzelnen und den Respekt vor den Grundsätzen der Demokratie in Europa garantieren			
14 Den Terrorismus bekämpfen			
15 Der Kampf gegen illegale Einwanderung			

Q31

Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, wie wirksam die Europäische Union Ihrer Meinung nach handelt oder handeln würde: Ist oder wäre sie sehr wirksam, ziemlich wirksam, nicht sehr wirksam oder überhaupt nicht wirksam?

INT: Skala Q31 vorlegen. Bereiche einzeln vorlesen.

	Sehr wirksam	Ziemlich wirksam	Nicht sehr wirksam	Überhaupt nicht wirksam	Weiß nicht
1 Neue Mitgliedsstaaten aufnehmen	1	2	3	4	5
2 Mehr Bürgernähe in Europa erreichen, z.B. indem man die Bürger besser über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informiert					
3 Die einheitliche Europäische Währung, den Euro, erfolgreich einführen					
4 Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen					
5 Umweltschutz					
6 Die Qualität von Lebensmitteln garantieren					
7 Verbraucher schützen und auch die Qualität anderer Produkte als von Lebensmitteln garantieren					
8 Kampf gegen Arbeitslosigkeit					
9 Die Reform der Institutionen der Europäischen Union und deren Arbeitsweise					
10 Das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen					
11 Die politische und diplomatische Bedeutung der Europäischen Union in der Welt betonen					
12 Frieden und Sicherheit in Europa bewahren					
13 Die Rechte des einzelnen und den Respekt vor den Grundsätzen der Demokratie in Europa garantieren					
14 Den Terrorismus bekämpfen					
15 Der Kampf gegen illegale Einwanderung					

Q32

Die Europäische Union hat bereits eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Jetzt wird darüber diskutiert wie weit diese weiter ausgebaut werden soll. Sagen Sie mir bitte zu jedem der folgenden Vorschläge, ob Sie ihm eher zustimmen oder ob Sie ihn eher ablehnen.

INT.: Einzelnen vorlesen. Reihenfolge der Vorschläge von Interview zu Interview ändern. Aber immer alle Vorschläge abfragen.

Hier den Startpunkt markieren:

	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Weiß nicht
1 Die Europäische Union sollte eine schnelle militärische Eingreiftruppe haben, die bei einer internationalen Krise schnell in die Krisenherde geschickt werden kann.			
2 Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollten sich bei einer internationalen Krise auf eine gemeinsame Haltung einigen.			
3 Die Europäische Union sollte ihren eigenen Außenminister haben, der der Sprecher einer gemeinsamen Haltung der Europäischen Union sein kann.			
4 Die Europäische Union sollte ihren eigenen Sitz im UNO-Sicherheitsrat haben.			
5 Mitgliedsstaaten, die sich grundsätzlich für eine Politik der Neutralität entschieden haben, sollten in der Außenpolitik der Europäischen Union eine Mitsprachemöglichkeit haben.			
6 Länder, die der Europäischen Union im Rahmen der Erweiterung im Jahre 2004 beitreten werden, sollten bereits jetzt eine Mitsprachemöglichkeit in den Fragen der Europäischen Außenpolitik haben.			
7 Die Außenpolitik der Europäischen Union sollte unabhängig von der Außenpolitik der USA sein.			
8 Die Europäische Union sollte die Menschenrechte in jedem ihrer Mitgliedsländer gewährleisten, selbst wenn es gegen den Willen einiger Mitgliedsländer ist.			
9 Die Europäische Union sollte sich für die Gewährleistung der Menschenrechte weltweit einsetzen, selbst wenn es gegen den Willen einiger anderer Staaten ist.			
10 Die Europäische Union sollte eine gemeinsame Einwanderungspolitik gegenüber Menschen von außerhalb der Europäischen Union haben.			
11 Die Europäische Union sollte eine gemeinsame Asylpolitik gegenüber Asylsuchenden haben.			

Q33

Sollten Ihrer Meinung nach Entscheidungen, die die Europäische Verteidigungspolitik betreffen, von den nationalen Regierungen, von der NATO, oder von der Europäischen Union getroffen werden?

INT: Bei Nachfragen: NATO ist das Nordatlantische Verteidigungsbündnis

INT: Nur EINE Nennung zulassen

- 1 Von den nationalen Regierungen
- 2 Von der NATO
- 3 Von der Europäischen Union
- 4 Von anderen (INT: NUR falls spontan genannt!)
- 5 Weiß nicht



Q34

Welche dieser drei Möglichkeiten für die unmittelbare Zukunft der Europäischen Union würden Sie bevorzugen?

INT.: Liste Q34 vorlegen. Nur EINE Nennung

- 1 Die Europäische Union sollte um alle Länder, die beitreten möchten, erweitert werden.
- 2 Die Europäische Union sollte nur um einige der Länder, die beitreten möchten, erweitert werden.
- 3 Die Europäische Union sollte um keine weiteren Länder erweitert werden.
- 4 Keine dieser Möglichkeiten (INT.: Nur falls SPONTAN genannt)
- 5 Weiß nicht.

Q43

In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ...

INT.: Liste Q43 vorlegen und vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... nur als Deutsche/r,
- 2 ... als Deutsche/r und Europäer/in,
- 3 ... als Europäer/in und Deutsche/r oder
- 4 ... nur als Europäer/in?
- 5 Weiß nicht

Q44

Würden Sie sagen, dass Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf sind, ...
(INT.: Nationalität laut Frage Q1 nennen) zu sein?

INT.: Nur EINE Nennung zulassen.

- 1 sehr stolz
- 2 ziemlich stolz
- 3 nicht sehr stolz
- 4 überhaupt nicht stolz
- 5 Weiß nicht

Q45

Und würden Sie sagen, dass Sie sehr stolz, ziemlich stolz, nicht sehr stolz oder überhaupt nicht stolz darauf sind, Europäer(in) zu sein?

INT.: Nur EINE Nennung zulassen.

- 1 sehr stolz
- 2 ziemlich stolz
- 3 nicht sehr stolz
- 4 überhaupt nicht stolz
- 5 weiß nicht

Q46

Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit der Europäischen Union. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit ...

INT.: Skala Q46 vorlegen und Antwortvorgaben vorlesen:

	Sehr verbunden	Ziemlich verbunden	Nicht sehr verbunden	Überhaupt nicht verbunden	Weiß nicht
A ... Ihrem Dorf bzw. Ihrer Stadt	1	2	3	4	5
B ... Ihrer Region					
C ... Deutschland					
D ... Europa					

Q47

Nun geht es um die Rolle der U.S.A.: Würden Sie sagen, dass die U.S.A. im Bezug auf die folgenden Themen eher eine positive Rolle spielen, eher eine negative Rolle, oder weder eine positive noch eine negative Rolle spielen:

Wie ist das mit

INT.: Aussagen einzeln vorlesen.

	Eher positive Rolle	Eher negative Rolle	Weder positive noch negative Rolle	Weiß nicht
1 ... dem Frieden in der Welt?	1	2	3	4
2 ... dem Kampf gegen Terrorismus?				
3 ... dem Wachstum der Weltwirtschaft?				
4 ... dem Kampf gegen Armut in der Welt?				
5 ... dem Umweltschutz?				

Q48

Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen, ob die Europäische Union dabei Ihrer Meinung nach jeweils eine eher positive Rolle spielt, eine eher negative Rolle spielt, oder weder eine positive noch negative Rolle spielt. Wie ist das mit ...

INT.: Aussagen einzeln vorlesen

	Eher positive Rolle	Eher negative Rolle	Weder positive noch negative Rolle	Weiß nicht
1 ... dem Frieden in der Welt?				
2 ... dem Kampf gegen Terrorismus?				
3 ... dem Wachstum der Weltwirtschaft?				
4 ... dem Kampf gegen Armut in der Welt?				
5 ... dem Umweltschutz?				

Q49

Sind Sie der Meinung, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, oder nicht?

1 Ja, sie sollte eine Verfassung haben

2 Nein, sie sollte keine Verfassung haben

3 weiß nicht

Q50

Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer eigenen Meinung am nächsten: Der Präsident der Europäischen Kommission sollte ...

INT: Liste Q50 vorlegen und vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... ausschließlich von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ernannt werden.
- 2 ... ausschließlich vom Europäischen Parlament gewählt werden.
- 3 ... sollte von beiden, sowohl vom Europäischen Parlament wie auch von den Staats- und Regierungschefs ausgewählt werden.
- 4 ... direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt werden.
- 5 Andere (INT: Nur falls SPONTAN genannt)
- 6 Weiß nicht

Q51

Der Europäische Rat besteht aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten sowie dem Präsidenten der Kommission. Die Präsidentschaft des Europäischen Rates wird abwechselnd von jedem Land für eine Dauer von sechs Monaten übernommen. Sind Sie der Meinung, dass ...

INT.: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... die Dauer von sechs Monaten beibehalten werden sollte, weil es den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gibt, die Präsidentschaft der Europäischen Union regelmäßig zu übernehmen, oder
- 2 ... die Dauer der Präsidentschaft verlängert werden sollte, weil sechs Monate zu kurz sind, um wesentliche Ergebnisse zu erzielen?
- 3 Weiß nicht

Q52

Gegenwärtig hat jedes Mitgliedsland das Recht, in bestimmten Bereichen ein Veto einzulegen. Sollte das Veto-recht in Zukunft ...

INT.: Vorlesen. Nur EINE Nennung.

- 1 ... beibehalten werden, um wesentliche nationale Interessen zu wahren, oder
- 2 ... auf sehr wenige wesentliche Bereiche beschränkt werden, oder
- 3 ... für alle Entscheidungen aufgegeben werden, um die Europäische Union leistungsfähiger zu machen?
- 4 Weiß nicht



D1

In der Politik spricht man von "links" und "rechts". Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?

INT: Skala D1 vorlegen; dem Befragten Zeit lassen, n i c h t beeinflussen: falls er zögert, zur Antwort ermutigen!

links										rechts
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	

1: Verweigert

2: Weiß nicht

Fragen D2 bis D6 entfallen

D7

Hier ist eine Liste mit möglichen Familiensituationen. Welche davon entspricht Ihrer eigenen Lebenssituation am besten? Es genügt, wenn Sie mir den Buchstaben nennen.

INT: Liste D7 vorlegen. Nur EINE Nennung zulassen.

1: A Verheiratet

2: B Verheiratet in 2. Ehe oder öfter

3: C Ledig, lebe mit einem Partner zusammen

4: D Ledig, noch nie mit einem Partner zusammengelebt

5: E Ledig, früher bereits mit einem Partner zusammengelebt, aber nun ohne Partner lebend

6: F Geschieden

7: G Getrennt lebend

8: H Verwitwet

9: sonstiges (INT: NUR falls spontan genannt!)

10: Verweigert (INT: NUR falls spontan genannt!)

D8

Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben?

INT: Genaues Alter eintragen. Falls Befragte(r) zur Zeit noch in der Ausbildung: "00" eintragen.

/ ___ / ___ / Jahre

Frage D9 entfällt

D10

INT: Geschlecht eintragen:

1: männlich

2: weiblich

D11

Darf ich fragen, wie alt Sie sind ?

/ ___ / ___ / Jahre

Fragen D12 bis D14 entfallen

Frage D20 entfällt



INT: Nur wenn Befragter mit 'nein' (Pos. 2) in Frage D19, sonst weiter mit Frage D25

D21a

Ist die Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt, berufstätig?

Berufstätig

- 1: voll berufstätig (einschließlich Auszubildende)
- 2: teilweise berufstätig (einschließlich Auszubildende)

Nicht berufstätig

- 3: zur Zeit arbeitslos
- 4: Rentner/ Pensionär/ Frührentner
- 5: Hausfrau/ Hausmann und verantwortlich für den Haushaltseinkauf und den Haushalt (ohne anderweitige Beschäftigung)
- 6: Schüler/ Student

D21b

Welchen Beruf übt diese Person zur Zeit aus bzw. welchen Beruf hat sie zuletzt ausgeübt?

INT: Liste D15b/D21b vorlegen. Genaue Berufsbezeichnung notieren UND unten ankreuzen. Bei Auszubildenden Lehrberuf angeben.

Selbständig

- 1: Landwirt
- 2: Fischer
- 3: Freie Berufe (z.B. Rechtsanwalt, Arzt, Steuerberater, Architekt usw.)
- 4: Ladenbesitzer, Handwerker, usw.
- 5: Selbständige Unternehmer, Fabrikbesitzer (Alleininhaber, Teilhaber)

Angestellt

- 6: Freie Berufe im Angestelltenverhältnis (z.B. angestellte Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Architekten usw.)
- 7: Leitende Angestellte, Direktor oder Vorstandsmitglied
- 8: Mittlere Angestellte (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter, Lehrer, Technischer Leiter)
- 9: Sonstige Büroangestellte
- 10: Angestellte ohne Bürotätigkeit mit Schwerpunkt Reisetätigkeit (Vertreter, Fahrer)
- 11: Angestellte ohne Bürotätigkeit z.B. im Dienstleistungsbetrieb (Krankenschwester, Bedienung in Restaurant, Polizist, Feuerwehrmann)
- 12: Meister, Vorarbeiter, Aufsichtstätigkeit
- 13: Facharbeiter
- 14: sonstige Arbeiter
- 15: nie berufstätig gewesen

Fragen D22 bis D24 entfallen



AN ALLE

D25

Würden Sie sagen, dass Sie in einer ländlichen Gegend, also auf dem Dorf, in einer Kleinstadt oder Mittelstadt oder in einer großen Stadt leben?

- 1: ländliche Gegend
- 2: Klein- oder Mittelstadt
- 3: große Stadt
- 4: weiß nicht

Fragen D26 bis D28 entfallen!

D29

Um die Resultate dieser Umfrage für verschiedene Typen von Haushalten analysieren zu können, brauchen wir auch Informationen über das Einkommen dieses Haushalts pro Monat. Hier ist eine Liste mit Einkommensgruppen.

INT: Liste D29 vorlegen.

Rechnen Sie dafür bitte zusammen: alle Einkommen aus Lohn, Gehalt, Selbständigkeit; alle Einkommen aus Renten, Pensionen und Versicherungen; alle öffentlichen Zuwendungen wie Kindergeld und Wohngeld und eventuelle Einkommen aus Vermietung und Verpachtung. Ihre Angaben werden selbstverständlich vollkommen anonym gehalten, so dass keinerlei Rückschlüsse auf Sie oder Ihren Haushalt möglich sind. Bitte nennen Sie mir auf dieser Liste den Buchstaben, der für das monatliche Bruttoeinkommen Ihres Haushalts zutrifft, das heißt vor dem Abzug von Steuern und Sozialabgaben.

- | | | |
|-------|-------------------|----------------------|
| 1: B | bis 750 ? | (bis 1.500 DM) |
| 2: T | 751 bis 875 ? | (1.501 bis 1.750 DM) |
| 3: P | 876 bis 1.000 ? | (1.751 bis 2.000 DM) |
| 4: F | 1.001 bis 1.125 ? | (2.001 bis 2.250 DM) |
| 5: E | 1.126 bis 1.250 ? | (2.251 bis 2.500 DM) |
| 6: H | 1.152 bis 1.375 ? | (2.501 bis 2.750 DM) |
| 7: L | 1.376 bis 1.500 ? | (2.751 bis 3.000 DM) |
| 8: N | 1.501 bis 1.750 ? | (3.001 bis 3.500 DM) |
| 9: R | 1.751 bis 2.000 ? | (3.501 bis 4.000 DM) |
| 10: M | 2.001 bis 2.250 ? | (4.001 bis 4.500 DM) |
| 11: S | 2.251 bis 2.500 ? | (4.501 bis 5.000 DM) |
| 12: K | 2.501 ? und mehr | (5.001 DM und mehr) |
| 13: | verweigert | |
| 14: | weiß nicht | |

Fragen D30 bis D31 entfallen!

D32a

Besitzen Sie privat ein Telefon?

- 1: Ja
- 2: Nein



D32b

Gibt es in Ihrem Haushalt ein Mobiltelefon?

1: Ja

2: Nein

+ Interviewerprotokoll